

Inhaltsverzeichnis

1. VDMA	
2. Seitenwechsler in Deutschland im Überblick	
3. Bundesverband der Deutschen Industrie	
4. Ausschuss für Regulierungskontrolle	
5. Lars P. Feld	
6. Walter Eucken Institut	
7. Wirtschaftsrat der CDU	
8. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	

VDMA

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau

Der **Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)** ist der Lobbyverband deutscher Maschinen- und Anlagenbauer.

Mit rund 3.500 Mitgliedern und jährlichen Lobbyausgaben von über 4 Millionen Euro ist der VDMA die größte Netzwerkorganisation und wichtiges Sprachrohr des Maschinenbaus in Deutschland und Europa.

Der VDMA beschäftigt weltweit ca. 500 Mitarbeiter. Der Hauptsitz des Verbandes ist Frankfurt. Darüber hinaus unterhält der VDMA Büros in einigen Bundesländern sowie mehrere Auslandsbüros, darunter das European Office in Brüssel.

Der Verband steht politisch für *"Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte"*.^[1] Unter dieser politischen Leitlinie betreibt der Verband Lobbyarbeit zu Themen, wie z.B. Lieferkettengesetzen, Freihandelsabkommen und Energiepolitik.^[2]



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der Industrie für Maschinen- und Anlagenbau

Gründungsdatum 1892

Hauptsitz Frankfurt a.M.

Lobbybüro

Lobbybüro EU Boulevard A. Reyers 80, 1030 Bruxelles

Webadressen www.vdma.org
e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	3
1.1 Zahlen und Fakten	3
1.2 Mitgliedschaften	3
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	3
3 Fallbeispiele und Kritik	4
3.1 2020-2022: Lobbyarbeit gegen das Lieferkettengesetz	4
3.2 Lobbyisten in Ministerien	6
4 Geschichte	6
5 Weiterführende Informationen	6
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
7 Einzelnachweise	6

Lobbystrategien und Einfluss

Der VDMA pflegt enge Beziehungen in die deutsche und europäische Politik. Etwa über [Seitenwechsler](#) wie Andreas Stade, der 2012 von seiner Position als Büroleiter von Renate Künast (der damaligen Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen) zum VDMA wechselte und dort bis 2021 Hauptgeschäftsführer des Berliner Hauptstadtbüros war.^[3]

Zahlen und Fakten

Bundesrepublik Deutschland

- **Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:** 141-150
- **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung** (Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21): 4.720.001 bis 4.730.000 Euro ^[4]
- Selbstbeschreibung der Rolle des Hauptstadtbüros^[5]:

"Für den VDMA ist die Vertretung der politischen Interessen seiner Mitglieder eine Kernleistung. Das Hauptstadtbüro versteht sich als Vermittler nicht nur für die Interessen unserer Mitglieder, sondern auch für Kontakte der Politik in die Unternehmen."

Europäische Union

- **Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:** 44
- **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung** (Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21): 3,500,000€- 3,999,999€^[2]

Mitgliedschaften

Der VDMA ist in zahlreichen deutschen/europäischen und internationalen Verbänden Mitglied. Die wichtigsten hiervon sind:

- [Bundesverband der deutschen Industrie](#)
- [Orgalim](#)
- [CECE](#)
- [CEMA](#)
- [CECIP](#)

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Maschinen- und Anlagenbau steht für ein europäisches Umsatzvolumen von rund 800 Milliarden Euro. In Deutschland beträgt der Umsatz im Maschinen- und Anlagenbau 221,3 Milliarden Euro (2021). Der Wert der Maschinenproduktion in Deutschland beträgt etwa 216 Milliarden Euro (2021), dabei ist der Maschinen- und Anlagenbau in Deutschland stark exportorientiert (Exportquote 82 Prozent; 2021).^[6]

Der VDMA ist ein eingetragener Verein mit Sitz in Frankfurt am Main unter dessen Dach 6 Landesverbände, 7 Auslandsrepräsentanzen sowie 36 Fachverbände organisiert sind.

Die strategische Ausrichtung und operative Führung des VDMA obliegt der Hauptgeschäftsführung. An der Spitze des Verbands steht ein Präsidium bestehend aus drei gewählten Unternehmensvertretern. Der Präsident wird einmalig für vier Jahre gewählt. Als Beratungsgremien stehen dem Präsidium ein engerer Vorstand und ein Hauptvorstand mit Unternehmensvertretern des Maschinen- und Anlagenbaus zur Seite.^[7]

Das VDMA-Präsidium findet sich [hier](#).

Die VDMA-Hauptgeschäftsführung [hier](#).

Fallbeispiele und Kritik

2020-2022: Lobbyarbeit gegen das Lieferkettengesetz

Der VDMA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein weitreichendes Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Bereits das erste Eckpunktepapier zum geplanten Gesetz, kritisierte der VDMA als „*nicht handhabbar*“^[8] „*unseriös*“ und „*miserabel gemacht*“.^[9] Das Handelsblatt hatte diese deutlichen öffentlichen Äußerungen als Besonderheit bewertet, denn wie die Autoren schrieben: „*arbeiten Wirtschaftsverbände [meistens] eher im Verborgenen [und] versuchen, Einfluss auf die Politik zu nehmen, ohne dass die Öffentlichkeit groß Notiz nimmt*“.^[9] Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die Lobbyarbeit von Verbänden gegen das Gesetz Erfolg gezeigt hätten: die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[10] Dennoch bezeichnete der VDMA-Hauptgeschäftsführer Thilo Brodtmann das Gesetz als „politisches Fiasko“.^[11]

Der VDMA hatte in der Debatte um das deutsche Gesetz auch immer wieder darauf verwiesen, dass es einen europäischen Vorstoß, statt eines nationalen Alleingangs bräuchte.^[11] Doch auch beim europäischen Gesetzgebungsprozess hatte der VDMA versucht Einfluss auf die Ausgestaltung des Gesetzes zu nehmen. Hierfür wandte es sich an das industrienahe Regulatory Scrutiny Board (RSB). Das RSB hatte den europäischen Gesetzesvorstoß zwei mal blockiert (über die Funktionsweise und Rolle des RSB beim Lieferkettengesetz siehe [hier](#)). Auf eine parlamentarische Anfrage, wollte das RSB seine Einwände gegen das Gesetz den Abgeordneten nicht offenlegen – berichtete aber über Briefe, die es von Wirtschaftsverbänden erhalten hatte.^[12] In diesem Kontext zeigt ein Bericht der NGO Misereor und dem Global Policy Forum^[13] dass der VDMA, in einem Schreiben vom 15. Dezember 2021 an den RSB, ein für kleine und mittlere Unternehmen „freundliches“ Rahmenwerk forderte und dazu eine Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft vom September 2021 beilegte. Die Studie sollte zeigen, „*dass das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zu weniger diversifizierten Lieferketten und zu einer Schwächung der Menschenrechte in Drittländern führen*“ würde.^[14]

Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehre. „Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten“, sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[15]

Dies gilt insbesondere auch für [Lars Feld](#). Der Wirtschaftsweisen und Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) ist zudem Kuratoriumsmitglied der Impuls-Stiftung des VDMA. Die Impuls Stiftung fungiert als Think-Tank für den VDMA. Feld hatte vielfach behauptet, dass ein Lieferkettengesetz „zu einer massiven Belastung“ für Unternehmen führe.^[16] Eine Studie im Auftrag der Europäischen Kommission schätzte die Umsetzungskosten eines Lieferkettengesetzes hingegen auf lediglich 0,005 Prozent der Umsätze großer Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen auf 0,07 Prozent.^[17]

Nachgelagerte Lieferketten

In der Studie *„Unternehmensverantwortung im Maschinen- und Anlagenbau“*^[18] von Transparency International Deutschland u.a. vom April 2023 beleuchten die Autor:innen vor allem *nachgelagerte Wertschöpfungsketten*, die in der Debatte noch nicht ausreichend in den Blick genommen wurden. Es werden im Folgenden die zentralen Aussagen der Studie dargestellt.

Die nachgelagerte Sorgfaltspflicht umfasst vom Hersteller ausgehend eventuelle Zwischenhändler, die Lieferung, Dienstleistungen nach der Lieferung, die Nutzungsphase, den evtl. Weiterverkauf und die Entsorgung/das Recycling der gelieferten Maschinen. Deutschland ist der drittgrößte Maschinen- und Anlagenproduzent weltweit. Die Sektoren Bergbau-, Textil-, Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen sowie Anlagen und Maschinen zur Energieproduktion spielen eine bedeutende Rolle. Die Bergbauprojekte gehen häufig mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt einher: Verschärfung der Wasserknappheit, Kontamination von Gewässern und Ländereien, die Vertreibung von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften. In der weltweiten Textilindustrie, in der mit deutschen Spinnereimaschinen, Web- und Veredlungsmaschinen gearbeitet wird, sind die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen das zentrale Problem. Bei den Anlagen zur Energiegewinnung zeichnen sich zukünftige Konflikte und Risiken beim Ausbau für grünen Wasserstoff ab: Eine Verschärfung der Wasserknappheit in ohnehin trockenen Regionen ist zu erwarten. Dennoch werden beispielsweise Regionen in Nordafrika als Standorte für die Produktion grünen Wasserstoffs gehandelt. Geplante Meerwasserentsalzungsanlagen stellen ein hohes Risiko für die Biodiversität dar. Bei Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen ist der deutsche Maschinen- und Anlagenbau mit über 20% Marktanteil global führend. In vielen Betrieben der Lebensmittel- und Getränkeherstellung in den Exportländern finden sich ausbeuterische Arbeitsbedingungen, Arbeiterrechte werden verletzt oder es kommt gar zu Zwangsarbeit.

Der VDMA argumentiert, die Verantwortung für Menschenrechte und Umweltzerstörungen in nachgelagerten Wertschöpfungsketten liege bei den Staaten und könne nicht an Unternehmen ausgelagert werden. Außerdem sei die Sorgfaltspflicht für nachgelagerte Lieferketten nicht praktikabel, belaste kleine mittelständische Unternehmen über Gebühr und führe unter Umständen zum Rückzug aus den Märkten.

Die Autor:innen der Studie schätzen die Einflussmöglichkeiten der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer anders ein: Einflussmöglichkeiten ergäben sich aus kollektiven Handlungsoptionen, in denen die deutsche Industrie weltmarktführend sei. Auch Marktmacht aufgrund eines hohen Spezialisierungsgrades, den oftmals auch mittelständische Unternehmen innehaben, könnte zur Einflussnahme genutzt werden. Dasselbe gelte für Hebel, welche sich aus langfristigen Geschäftsbeziehungen ergäben.

Wissenschaftslobbyismus

Im Jahr 2014 gab die Impulsstiftung des VDMA dem [Walter Eucken Institut](#) ein Forschungsvorhaben zur Rolle des Staates unter den Mitgliedern des VDMA in Auftrag. Die Studie erschien unter dem Namen „Markt versus Staat“ und wurde von [Lars P. Feld](#), der damals sowohl Leiter des Eucken Instituts als auch Kuratoriumsmitglied der Impulsstiftung des VDMA war^[19] mit herausgegeben. Die Studie kommt u.a. zu

dem Ergebnis, dass der Staat sich „auf seine Kernaufgaben konzentrieren und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen setzen“^[20] solle. Feld selbst betonte: „Eine größere Zurückhaltung des Staates ist aus ökonomischer Sicht wünschenswert.“^[21] Der frühere Wirtschaftsweisenrat geriet für seine Tätigkeiten für Lobbyverbände bereits mehrfach in die Kritik. So war er neben der VDMA-nahen Impulsstiftung auch für den [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die [INSM](#) tätig.^[22]

Lobbyisten in Ministerien

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.02.2006 - 31.01.2008 ^[23]
Mitarbeiter	Referent für Produktsicherheit und betrieblichen Arbeitsschutz
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Normung, Konformitätsbewertung, Messwesen, Fachaufsicht PTM, BAM, Beratung zu technischen Fragen des Neuen Ansatzes (Technische Harmonisierung)

Geschichte

Seit 1982 vertritt der Verband die Interessen von Unternehmen aus dem Bereich der Maschinen- und Anlagenbau.

Um Kontakte zur Politik und zu Behörden zu pflegen, gründete der VDMA 1972 ein Verbindungsbüro in Brüssel, 1984 ein weiteres in Tokio. 1992 wurde die *Impuls-Stiftung* des VDMA gegründet, 1998 folgte die Gründung der *VDMA Gesellschaft für Forschung und Innovation mbH* (VFI). Ebenfalls 1998 wurde das neue VDMA-Hauptstadtbüro in Berlin eingeweiht.

Weiterführende Informationen

VDMA-Eintrag auf lobbyfacts.eu: [hier](#)

VDMA-Eintrag im Lobbyregister des deutschen Bundestags: [hier](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

- ↑ [Wirtschafts- & Gesellschaftspolitik](#) vdma.de, abgerufen am 06.12.2022
- ↑ ^{2,02,1} [VDMA](#) lobbyfacts.eu abgerufen am 06.12.2022
- ↑ [Rade folgt beim VDMA auf Morath](#) politik-kommunikation.de vom 06.06.2012, abgerufen am 06.12.2022
- ↑ [VDMA](#) lobbyregister.org abgerufen am 06.12.2022
- ↑ [Hauptstadtbüro](#) vdma.org, abgerufen am 06.12.2022

6. ↑ [Maschinenbau in Zahl und Bild 2022](#). VDMA, April 2022, abgerufen am 06.12.2022
7. ↑ Hans-Jürgen Zechlin: [Verbandsmanagement im Strukturwandel – Analysen, Kommentare, Erfahrungen](#). Fossil-Verlag, Köln 2000
8. ↑ [Maschinenbauverband: Regierung sollte Lieferkettengesetz überdenken](#) handelsblatt.com vom 26.08.2020, abgerufen am 06.12.2022
9. ↑ ^{9,09,1} [Maschinenbauer empören sich über Müllers Lieferkettengesetz](#) handelsblatt.com vom 28.09.2020, abgerufen am 06.12.2022
10. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tagesschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 07.11.2022
11. ↑ ^{11,011,1} [VDMA: Lieferkettengesetz ist politisches Fiasko](#) nordic-market.de vom 12.06.2021, abgerufen am 06.12.2022
12. ↑ [MEPs Wolters, Hautala, Aubry and Durand: "The Regulatory Scrutiny Board still has questions to answer on Due Diligence delay"](#) responsiblebusinessconduct.eu vom 21.01.2022, abgerufen am 06.12.2022
13. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Miseroeor, February 2022](#). S.4 globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
14. ↑ [Wirtschaftspolitischer Beitrag Lieferkettengesetz: Auswirkungen auf den Maschinenbau](#) ifw-kiel.de von September 2021, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
16. ↑ [WIRTSCHAFTSLOBBY: MIT FALSCHMELDUNGEN GEGEN DAS LIEFERKETTENGESETZ](#) lieferkettengesetz.de vom Oktober 2020, abgerufen am 06.12.2022
17. ↑ [Study on due diligence requirements through the supply chain](#) europa.eu vom 20.02.2020 abgerufen am 06.12.2022
18. ↑ [Neue Studie im Maschinen- und Anlagenbau](#) Transparency International Deutschland e.V. vom April 2023, Studie pdf, abgerufen am 20.04.2023
19. ↑ [Kuratoriumimpuls-stiftung.de](#), abgerufen am 06.12.2022
20. ↑ [IMPULS. Markt versus Staat](#), S. 3. eucken.de vom Juli 2014, abgerufen am 06.12.2022
21. ↑ [Staatliche Markteingriffe bei Maschinenbauern unerwünscht](#), maschinenmarkt.vogel.de vom 03.09.2014, abgerufen am 06.12.2022
22. ↑ [Lars P. Feld](#) lobbypedia.de abgerufen am 06.12.2022
23. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011

Seitenwechsler in Deutschland im Überblick

In dieser Übersichtstabelle findet sich eine Auswahl von [Seitenwechsler:innen](#). Die Seitenwechsel sind nach dem Jahr der Arbeitsaufnahme sortiert. Aufgelistet werden die politische Tätigkeiten der Personen, deren anschließend ausgeübte Tätigkeit und der neue Arbeitgeber.

Unser Erfassungszeitraum beginnt 2005. Diese Übersichtstabelle umfasst: Kanzler, MinisterInnen, Staatssekretäre und AbteilungsleiterInnen. Hier streben wir Vollständigkeit an. Darüber hinaus erfassen wir auch interessante Einzelfälle, wichtige Fälle vor 2005 sowie Seitenwechsel auf Bundesländer-Ebene.

Die Relevanz der aufgeführten Seitenwechsel kann sich im Einzelfall deutlich unterscheiden. Nicht alle Fälle sind von der Forderung von [LobbyControl](#) nach einer [Karenzzeit](#) von 3 Jahren betroffen. Auch wenn alle Fälle in einer Tabelle aufgelistet sind, bewerten wir den Seitenwechsel eines Ministers grundsätzlich anders als den eines/einer wissenschaftlichen Mitarbeiters/-in.

2026

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Robert Habeck	Bündnis 90 / Die Grünen	2021 - 2025 Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz 2012 - 2018 stellvert. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, ab 2017 auch für Digitalisierung	ab 8/2026 Senior Advisor bei Urban Partners, ^[1]
Bettina Stark-Watzinger	FDP	12/21 -11/2025 Bundesministerin für Bildung und Forschung 2017 - 2025 Mitglied des Deutschen Bundestages	5/2026 Senior Strategic Advisor - Global Energy & Innovation Policy bei Focused Energy
Torsten Herbst	FDP	12/21 -3/2025 Mitglied des Deutschen Bundestages	5/2026 lt. Eintrag im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag Tätigkeit für Proxima Fusion
Florian Toncar	FDP	2021 bis 2024 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen 2017 bis 2021 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion 2011 bis 2013 stellvertretender Fraktionsvorsitzende	6/2026 Teil der Unternehmensführung der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) als Bereichsvorstand für Markt und Regulierung.
Jörg Kukies	SPD	11/2024-05/2025 Bundesminister der Finanzen 2021-2024 Staatsminister im Bundeskanzleramt 2018-2021 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	05/2026 führende Rolle bei der US InvestmentBank Morgan Stanley 06/2026 Mitglied von The Rhine Group
Tobias Lindner	Bündnis 90	2021-2025 Staatsminister im Auswärtigen Amt	ab 05/2026 Director in den Bereichen Verteidigung, Sicherheit und Resilienz bei PwC

	/Die Grünen	• 2011-2025 Mitglied des Deutschen Bundestages	• seit 09/2025 Senior Associate Fellow for Transatlantic Relations bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)
Jens Teutrine	FDP	• 2021-2025 Mitglied des Deutschen Bundestages	• ab 03/2026 Direktor für Deutschland, Österreich und die Schweiz beim Consumer Choice Center CCC
Linda Teuteberg	FDP	• 2017 - 2025 Mitglied des Deutschen Bundestages	• 2026 Senior Advisor bei FGS Global
Daniela Kluckert	FDP	• 2017 - 2025 Mitglied des Deutschen Bundestages • 2021 - 2024 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Digitales und Verkehr	• 1/2026 Assoziierte Partnerin bei Berlin Global Advisor
Kevin Kühnert	SPD	• 10/2021-03/2025 Mitglied des Deutschen Bundestages • 12/2021-10/2024 Generalsekretär der SPD	• Bereichsleiter für Steuern, Verteilung und Lobbyismus bei Finanzwende e.V.
			• ab 4/ 2026 Senior Advisor bei der globalen CEO-Beratung Teneo • 3/2026 Mitglied des Aufsichtsrates der Serviceplan Group / House of Communication • ab 01/2026 stellvertretender CEO bei der Autoland AG, ab 2027 Vorstandsvorsitzender • ab 02/2026 Kuratoriumsmitglied bei der Stiftung Familienunternehmen und Politik sowie Stiftung Familienunternehmen
Christian Lindner	FDP	• 2021-2024 Bundesminister der Finanzen • 2017-2024 Mitglied des Deutschen Bundestag	• Mitglied im Shareholder Board der Stapstone Group • Mitglied im Beirat der Hagedorn Unternehmensgruppe • Senior Advisor bei der Lhoist Germany Rheinkalk Holding GmbH

Hans-Peter
Friedrich

CSU

- 1998-2025 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 10/2017-10/2021 Vizepräsident des Deutschen Bundestages
- 12/2013-2/2014 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
- 2011-2013 Bundesminister des Innern

- Fellowship an der School of Public Policy der London School of Economics
- Mitgliedschaft im Kuratorium der Wübben Wissenschaftsstiftung gGmbH;
- ab 11/2025 Angel-Investments in Startup-Unternehmen
- ab 4/2026 Präsident von [ProMobilität](#)

2025

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Mario Brandenburg	FDP	2022-2025 Parlamentarischer Staatssekretär im BM Bildung und Forschung 2017-2025 Mitglied des Bundestag	- ab 12/2025 Chief Expert Technology & Research Strategy im Stab des CTO der SAP Deutschland SE & Co. KG - Anfang 2026 wird Brandenburg eine Tätigkeit als selbstständiger Unternehmensberater aufnehmen können
Wolfgang Schmidt	SPD	2021-2025 Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramtes und Beauftragter für die Nachrichtendienste 2018-2021 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	- ab 06/2026 Senior Advisor bei EY Transformative Strategy & Transaction GmbH - ab 06/2026 Mitglied im Global National Security Council der Mastercard Inc. - ab 05/2026 Senior Advisor bei MAP Macro Advisory Partners - ab 05/2026 Mitglied im European Advisory Board bei Planet Labs (Public Benefit Corporation) - ab 05/2026 Senior Advisor bei Perennial Autonomy LLC, einem Drohnenunternehmen von Ex-Google-Chef Eric Schmidt - ab 04/2026, Mitglied im Technology & Security Advisory Council der Microsoft Corporation
Michelle Müntefering	SPD	2013-2025 Mitglied des Deutschen Bundestages 2018-2021 Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt (Kabinett Merkel)	seit 07/2025 CEO und Sprecherin des Gesamtvorstandes bei Produktionsallianz e.V.
Jana Schimke	CDU	2013-2025 Mitglied des Bundestages 2021-2025 Vorsitzende des Ausschusses für Tourismus 1998-2024 Mitglied der FDP	Zum 01.10.2025 tritt sie in den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband ein, dessen Hauptgeschäftsführerin sie zum 01.01.2026 werden wird.^[2]

Volker Wissing	FDP	• 2004-2013 Mitglied des Bundestages • 2016-2021 stellvert. Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz und Landesminister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau • 12/2021-05/2025 Bundesminister für Digitales und Verkehr • 11/2024-05/2025 Bundesminister für Justiz	• ab 05/2026 Vorsitzender des Beirates bei Christ Capital
Jörg Steinbach	SPD	• 2018-2024 Wirtschaftsminister in Brandenburg	• 2025 Beratertätigkeit für die Kanzlei CMS, ab 01.08.2025 ist die Tätigkeit durch die Staatskanzlei in Potsdam untersagt.^[3]
Gunnar Stumpe	Bündnis 90 / Die Grünen	• 2022-2025 persönlicher Referent und Büroleiter bei Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Habeck	• ab 8/2025 Senior Director bei der Beratungsagentur 365 Sherpas
Johannes Arlt	SPD	• Berufsoffizier der Luftwaffe • 2021 - 2025 MdB, Mitglied im Wirtschaftsausschuss und Verteidigungsausschuss	• ab 6/2025 Senior Vice President bei STARK defence
Oliver Grundmann	CDU	• 2013 - 2025 MdB, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz & nukleare Sicherheit, stellvert. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie	• seit 3/2025 Mitarbeit als Of Counsel bei Dentons Europe GmbH & Co.KG, globale Wirtschaftsagentur, im Bereich "Energy"; weitere Info hier Anwaltskanzleien
Christoph Heusgen	CDU	• 2022 bis 2025 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz • 2017 bis 2021 Botschafter bei den Vereinten Nationen • 2005 bis 2017 außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel	• seit 01.03.2025 Senior Advisor bei FGS Global
Ulrich Kelber	SPD	• 2019 - 7/2024 Bundesbeauftragter für Datenschutz und die Informationsfreiheit BfDI • 2013 - 2018 Parlamentarischer Staatssekretär im BM Justiz und Verbraucherschutz • 2000 - 2019 MdB	• 2/2025 uwk consulting GmbH; Auftraggeber EUTOP Europe GmbH;

2024

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Marlene Mortler	CSU	• 2019 - 2024 Mitglied des Europäischen Parlamentes • 2014 - 2019 Drogenbeauftragte der Bundesregierung • 2002 - 2029 MdB, Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft	• seit 11/2024 Vorstandsvorsitzende des Bundesverband Bioenergie e.V.
Michael Odenwald		• 2018 - 2022 Aufsichtsratsvorsitzender bei der Deutschen Bahn, Austritt auf eigenen Wunsch, bestellt bis 3/2025 • 2012 - 2018 beamteter Staatssekretär im BM für Verkehr und digitale Infrastruktur, Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn, bei Fraport und der Deutschen Flugsicherungs GmbH • 1992 - 2002 Referatsleiter, Leiter der Zentralabteilung im BM für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Referent der CSU-Bundestagsfraktion	• seit 6/2024 Senior Advisor bei Politik + Strategie • seit 11/2024 Mitarbeit in der Lobbyagentur EUTOP Europe GmbH
Manja Schreiner	CDU	• 04/2023 - 04/2024 Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt des Landes Berlin	• ab 1/2025 Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK)
Werner Gatzert	SPD	• 2005 - 12/2023 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen • seit 2/2020 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bahn AG	• seit 9/2024 Senior Advisor bei Berlin Global Advisors
Lars Lindemann	FDP	• 2021 - 2024 MdB • 2005 - 2013 MdB, Mitglied des Gesundheitsausschusses	• 11/2024 Eintritt bei Bayer Pharma als Global Principal Public Affairs ein. [4] • 2013 - 2021 Hauptgeschäftsführer des Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e. V. (SpiFa) • 2014 - 2021 Geschäftsführer der Sanakey Gruppe, Dienstleister in Gesundheit und Versorgung

- 2006 -2010 stellvert.
Landesvorsitzender der FDP Berlin,
2010 - 2019 Landesschatzmeister
der FDP, 2017 - 2021 Beisitzer im
Bundesvorstand, 2020 - 2024
Generalsekretär der FDP Berlin
- 2017 - 2018 kurzzeitig Mitarbeiter
im Bundestag von MdB Christoph
Meyer (FDP) ^[5]

2023

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Stefan Müller	CSU	• seit 9/2002 Mitglied des Deutschen Bundestages • seit 2017 Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag • 2013 - 2017 Parlamentarischer Staatssekretär im BM für Bildung und Forschung	• ab 06/2024 Generalbevollmächtigter des Genossenschaftsverbandes Bayern (GBV), ab 08/24 Vorstandsvorsitzender und Generalbevollmächtigter ^[6]
Florian Pronold	SPD	• 2002 -2021 Mitglied des Deutschen Bundestages, • 2013 - 2018 Parlamentarischer Staatssekretär im BM für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz • 2018 - 2021 Parlamentarischer Staatssekretär im BM des Innern, Bau und Heimat	• ab Juli 2023 Geschäftsführer des Instituts Bauen und Umwelt e.V. IBU e.V.
Heiko Maas	SPD	• bis 12/2022 Mitglied des Deutschen Bundestages, • 2018 - 2021 Bundesminister des Auswärtigen, • 2013 - 2018 Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz	• ab Januar 2023 Partner bei der Wirtschaftskanzlei GSK Stockmann in Berlin • Präsident des Verbands der Saarlütten und Mitglied im Kuratorium der Montan-Stiftung Saar. ^{[7][8]}
Annegret Kramp-Karrenbauer	CDU	• 2019 bis 2021 Bundesverteidigungsministerin. • 2011 bis 2018 Ministerpräsidentin des Saarlandes.	• seit 01/2026 Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung • 02/2025-2026 Beratung für Bremer Toto und Lotto GmbH • ab 2023 Co-Vorsitzende des International Leadership Council des Center for European Policy Analysis CEPA • ab 03/2023 Beratung für Lotto Rheinland-Pfalz GmbH • Mitglied im International Advisory Council GLOBSEC ^[9]

2022

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Elga Bartsch		Wirtschaftswissenschaftlerin; bis Juni 2022 beim Vermögensverwalter Blackrock als Leiterin der Abteilung Wirtschafts- und Marktforschung tätig; davor 20 Jahre bei der Investmentbank Morgan Stanley, zuletzt als Europa-Chefvolkswirtin; ^[10]	1/2023 Ernennung zur Abteilungsleiterin der Grundsatzabteilung "Wirtschaftspolitik" im BM Wirtschaft und Klima ^[11]
Anja Karliczek	CDU	2018 - 2021 Bundesministerin für Bildung und Forschung	ab 2023 im Kuratorium der Telekom Stiftung ^[12]
Titus Rebhann	Grüne	2018 - 10/2022 für A. Baerbock tätig, erst als Büroleiter im Abgeordnetenbüro, dann als Mitarbeiter im Ministerbüro	ab 3/2023 Leiter der RWE-Konzernrepräsentanz in Berlin ^[13]
Volkmar Vogel	CDU	2002 - 12/2021 Mitglied des dt. Bundestages, 2/2020 - 12/2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat ^[14]	10/2022 das Bundeskanzleramt untersagt die Aufnahme einer Beratertätigkeit bei EUTOP Europe GmbH vor dem Ablauf der 12-monatigen Sperrfrist. ^[15]
Stefan Kaufmann	CDU	6/2020 bis 7/2022 Innovationsbeauftragter "Grüner Wasserstoff" im BM Bildung und Forschung / Ministerin Karliczek ^[16] 2009 bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages	8/2022 Berater bei thyssenkrupp für "Wasserstoffaktivitäten und -projekte" ^[17]
Felix Hufeld		03/2021 Präsident der Bafin	05/2022 Industriepartner beim Mittelstandsfinanzierer Rantum Capital 10/2022 Senior Advisor beim US-Investor Apollo Global Management, der auch in Deutschland im Banken- und Versicherungs-Sektor aktiv ist ^[18]

Andreas Feicht	CDU	09/2019 bis 12/2021 Staatssekretär für Energie und Digitales im BMWirtschaft und Energie / Minister Altmaier ^[19]	21.12.2021 zum Vorstandsvorsitzenden der RheinEnergie Köln bestellt ^[20] 08/2022 Feicht tritt die Stelle an ^[21]
Eva Christiansen	CDU	bis 2021 Abteilungsleiterin und Medienberaterin im Bundeskanzleramt	seit 07/2022 Partnerin bei Finsbury Glover Hering (neue Bezeichnung: FGS Global) ^[22]
Fritz Felgentreu	SPD	bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestags und bis 2020 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion	seit 07/2022 Mitglied des Senior Advisory Board des Lobbyunternehmens Concilius ^[23]
Thorsten Herdan		von 6/2014 bis 5/2022 Leiter der Abteilung II „Energiepolitik – Wärme und Effizienz“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie / Wirtschaft und Klima ^[24]	seit 12.05.2022 CEO von HIF EMEA ; HIF Global ist das weltweit führende eFuels-Unternehmen ^[25]
Joachim Pfeiffer	CDU	bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestags sowie wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU /CSU-Fraktion	seit 01/2022 Associate Partner bei K&EKst CNC ^[26]
Jennifer Morgan		- bis Februar 2022 Executive Director bei Greenpeace International ^[27] - daneben von 2013 bis 2016 Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung ^[28]	ab Februar 2022 Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt ^[29]
Yasmin Fahimi	SPD	seit 1986 SPD-Mitglied, 2014-15 Generalsekretärin; 2016-17 Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales; seit 2017 Mitglied des Bundestages, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales u.a. ^[30]	9. Mai 2022: Fahimi wird zur Vorsitzenden des DGB gewählt. Sie legt ihr Bundestagsmandat nieder. ^[31]

Dieter W. Haller

- 1981 Eintritt in den Auswärtigen Dienst, Referatsleiter im Bundeskanzleramt, Botschafter in Südafrika und Saudi-Arabien, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt, 2016-2018 zum 2. Mal Botschafter in Saudi-Arabien;
- im Dezember 2021 zeigt Haller seine Tätigkeit im Aufsichtsrat von [Gas for Europe](#), einer neugegründeten Tochtergesellschaft von Nord Stream 2 mit Sitz in Schwerin, an. Das Auswärtige Amt untersagt diese Tätigkeit. ^[32]

Franz
Untersteller

Grüne

- 2011 - 2021 Minister für Energiewirtschaft in Baden-Württemberg
- seit 2022 beim Mannheimer Energieversorger MVV RWE GmbH tätig, gegen Aufwandsentschädigung ohne Anstellung; ^[33]

2021

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Patrick Graichen		2012 - 12/2021 zunächst stellvert. Direktor dann Exekutivdirektor und Geschäftsführer von Agora Energiewende 2001 - 2012 Referent und Referatsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	- seit 12/2021 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [34] 05/2023 Staatssekretär Graichen wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Er hat die Compliance-Regeln im Zusammenhang mit der Besetzung der Geschäftsführung der dena [2] verletzt, ("Trauzeugenaffäre"). [35]
Stephan Mayer	CSU	bis 12/2021 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, u.a. zuständig für Spitzensport	- ab 2/2022 Generalsekretär der CSU [36] - am 4.12.21 zum Vizepräsidenten des Deutschen Olympischen Sportbundes gewählt (Mitgliedschaft ruhend) und gleichzeitig weiterhin Mitglied des Bundestages und ordentliches Mitglied im Sportausschuss. [37] Die Bundesregierung hat die Tätigkeit für 12 Monate nach dem Ausscheiden aus dem Amt untersagt. [38]
Oliver Wittke	CDU	03/2018-11/2019 Parlamentarischer Staatssekretär für Wirtschaft und Energie 06/2005-08/2009 Minister für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen	03/2021 Hauptgeschäftsführer beim Zentralen Immobilien Ausschuss (ZIA) [39]

2020

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Rainer Baake	Grüne	12/2013-2018 Beamteter Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 04/2012-12/2013 Direktor Agora Energiewende 09/2006-2012 Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) 1998-2005 Beamteter Staatssekretär im Bundesumweltministerium	seit 6/2020 Direktor der neu gegründeten Stiftung Klimaneutralität
Ingbert Liebing	CDU	06/2017-03/2020 Staatssekretär in der Landesregierung Schleswig-Holstein und Bevollmächtigter des Landes beim Bund	09/2020 Vorsitzender beim Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen (BVÖD) ^[40] 04/2020 Hauptgeschäftsführer beim Verband kommunaler Unternehmen e.V. ^[41]
Ole Schröder	CDU	2009 - 2018 Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister des Inneren	01/2020 Vorstandsmitglied der schufa ^[42] 2026 Schröder hat sich als Lobbyist für die Bremer Toto und Lotto GmbH im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag eingetragen

2019

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Lutz Stroppe	CDU	2014-05/2019 Beamteter Staatssekretär beim Bundesministerium für Gesundheit 2012-2014 Beamteter Staatssekretär beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	09/2019 Senior Advisor bei Hering Schuppener Consulting ^[43] 2019 Mitglied des Gründungsausschusses des Virtuellen Krankenhauses in NRW ^[44]
Gunther Adler	SPD	2018-2019 Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2014-2018 Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2012-2014 Staatssekretär im Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW	- ab Anfang 2024 stellvertretender Hauptgeschäftsführer beim Zentralen Immobilienausschuss ZIA ^[45] 03/2019 Personalchef bei der Autobahn GmbH des Bundes ^{[46][47]}
Brigitte Zypries	SPD	01/2017-03/2018 Bundesministerin für Wirtschaft und Energie 2013-01/2017 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, mit der Zuständigkeit für die Bereiche IT, Luft- und Raumfahrt 10/2002-10/2009 Bundesministerin der Justiz	11/2019 Investorin bei Motor AI ^[48] 09/2019 Aufsichtsratsmitglied bei Bombardier Transportation GmbH und der Bombardier Transportation (Bahntechnologie) Holding Germany GmbH ^[49] 06/2019 Beiratsmitglied im Bundesverband mittelständische Wirtschaft ^{[50][51]} 03/2019 Beiratsmitglied bei der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) ^{[52][53]} 04/2019 Ombudsfrau des Bundesverbands Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU) ^[54] 03/2019 Herausgeberin des Magazins Deutsche Unternehmerbörse (DUB) ^[55]

		• 08/2017 Schirmherrin vom Startup-Unternehmerinnen-Netzwerk vom Bundesverband Deutsche Startups e.V. (BVDS) ^[56] • 2014-2017 Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Bahn AG ^[57]
Christian Schmidt	CDU /CSU	• 02/2014-03/2018 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft • 10/2017-03/2018 Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur • 12/2013-02/2014 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit • 11/2005-12/2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung
Barbara Hendricks	SPD	• 02/2020 stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. ^[58] • 04/2019 Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG ^{[59][60]} • 2006 Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. ^[61]
		• 10/2019 Präsidentin des Instituts für Bauen und Umwelt e.V. (IBU) ^[62] • 07/2019 Mitglied im Aufsichtsrat der Messe Berlin GmbH ^[63] • 02/2019 Mitglied im Aufsichtsrat der Karl-Leisner-Kliniken ^[64] • 08/2018 Beiratsmitglied der katholischen Friedensstiftung Hamburg ^[65]
Hermann Gröhe	CDU	• 12/2013-03/2018 Bundesminister für Gesundheit
Kerstin Andreae	Grüne	• 04/2019 Mitglied im Aufsichtsrat der Ecclesia Holding GmbH ^[66] • 11/2019 Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und Mitglied des Präsidiums beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ^[67]
Stanislaw Tillich	CDU	• 02/2012-01/2018 stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen • 06/2018-01/2019 Vorsitzender der "Kohlekommission" • 2008-12/2017 Landesvorsitzender der CDU Sachsen und Ministerpräsident von Sachsen • 09/2019 Aufsichtsratsvorsitzender der Mitteldeutschen Braunkohlegesellschaft mbH (MIBRAG) ^[68]

Klaus-Dieter Fritsche	CSU	• 2014-03/2018 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes • 2009-2014 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern	• 03/2019 Berater für das österreichische Innenministerium (FPÖ) ^[69] • 2019 Beratertätigkeit für die Wirecard AG ^{[70][71]}
Gerhard Schulz	CDU /CSU	• 02/2019 Beamteter Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium	• 03/2019 Vorsitzender der Geschäftsführung bei Toll Collect ^{[72][73]}
Sigmar Gabriel	SPD	• 01/2017-03/2018 Bundesaußenminister • 12/2013-01/2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie • 11/2005-10/2009 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	• 09/2020 Mitglied im Aufsichtsrat der Siemens Energy AG ^[74] • 03/2020-05/2020 Beratertätigkeit für die Tönnies Unternehmensgruppe ^[75] • 03/2020 Designiertes Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank ^{[76][77]} • 11/2019 "Senior Advisor" beim Politikberatungsunternehmen Eurasia Group ^[78] • 06/2019 Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstandes der Atlantik-Brücke ^{[79][80]} • 05/2019 Schirmherr des Arbeitgebersiegels "TOP JOB" vom Zentrum für Arbeitgeberattraktivität (Zeag GmbH) ^[81] • 03/2019 Mitglied im Beirat vom Wirtschaftsprüfungsunternehmen Deloitte ^[82] • 03/2019 Designiertes Mitglied des Verwaltungsrats von Siemens Alstom (die geplante Fusion ist inzwischen von der EU-Kommission untersagt worden) ^{[83][84]} • 07/2018 Kuratoriumsmitglied der International Crisis Group (ICG) ^[85] • 06/2018-03/2020 Publizistische Tätigkeit für die Holtzbrinck-Verlagsgruppe ^[86]

2018

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Matthias Machnig	SPD	04/2018 Beamteter Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium	12/2018 Leiter im Bereich Industriestrategie bei InnoEnergy ^[87] 12/2018 Berater der australischen Investmentfirma Macquarie ^[88]
Ralf Kleindiek	SPD	01/2014-03/2018 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	03/2018 Senior Advisor bei der Boston Consulting Group GmbH (BCG) ^[89]
Ralf Brauksiepe	CDU	04/2018-11/2018 Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten 12/2013-03/2018 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung 10/2009-12/2013 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales	11/2018 Geschäftsführer und Arbeitsdirektor bei der Vivawest GmbH ^[90]
Stefan Müller	CSU	12/2013-10/2017 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung	11/2018-04/2019 Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG ^[91] 2017 ehrenamtliche Vorstandsarbeit für den Verein "Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen", in dem u.a. Verbände aus der Energieversorgung, der Automobil- und der Chemieindustrie vertreten sind ^[92]
Ole Schröder	CDU	2009-2018 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern mit den Verantwortungsschwerpunkten Informationstechnologie, Digitalisierung und Datenschutz	01/2020 Mitglied des Vorstandes der SCHUFA Holding AG ^[93] 12/2018 Rechtsanwalt und Unternehmensberater u.a. für KPMG ^[94]

Uwe Beckmeyer	SPD	11/2017-03/2018 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie 2011-2013 Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion für die maritime Wirtschaft	11/2018 Vorstandsvorsitzender beim Wirtschaftsverband Weser e. V. ^[95] 05/2018 Vorstandsvorsitzender des Weserbund e.V. ^[96]
Thomas de Maiziére	CDU	12/2013-03/2018 Bundesminister des Innern 03/2011-12/2013 Bundesminister der Verteidigung 10/2009-03/2011 Bundesminister des Innern	03/2019 Beratertätigkeit für rechtliche Fragen bei der Deutschen Telekom ^[97] 2019 Vorsitzender der Ethik-Kommission des Deutschen Olympischen Sportbundes ^[98] 11/2018 Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Telekom Stiftung ^[99] 2018 Kuratoriumsmitglied der ZEIT-Stiftung ^[100]
Günter Heiß		2009-09/2017 Koordinator für die Nachrichtendienste des Bundes im Bundeskanzleramt (Abteilungsleiter)	11/2018 Berater bei der auf Sicherheitsfragen spezialisierten Lobby- und Beratungsagentur Friedrich 30 ^[101]
Rainer Bomba	CDU	2009-03/2018 Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	06/2018 Berater für den Think Tank Cheil Germany ^[102]
Jörg Kukies	SPD	2014-03/2018 Co-Vorsitzender des Vorstands bei Goldman Sachs Deutschland und Leiter der Zweigniederlassung Frankfurt der Goldman Sachs International ^[103]	04/2018 Beamteter Staatssekretär im Bundesfinanzministerium ^[104]
Garrelt Duin	SPD	2012-06/2017 Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk von Nordrhein-Westfalen	09/2019 Hauptgeschäftsführer bei der Handwerkskammer zu Köln ^[105]^[106] 02/2018-08/2019 Personalchef für Geschäftseinheiten im Anlagenbau bei Thyssen-Krupp ^[107]

Torsten Albig

SPD

- 06/2012-06/2017 Ministerpräsident Schleswig-Holstein
- 01/2018 Lobbyist als "Vice President Corporate Representation" für die [Deutsche Post DHL](#)-Gruppe in Brüssel ^[108]^[109]

2017

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Werner Gatzert	SPD	2005-2017 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	2017-03/2018 Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bahn Station & Service AG, seit 04/2018 erneut Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und Anteilseignervertreter bei der Deutschen Bahn ^{[110][111]}
Hannelore Kraft	SPD	07/2010-06/2017 Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalen	12/2017 Mitglied im Aufsichtsrat vom Steinkohlekonzern Ruhrkohle AG (RAG) ^{[112][113][114]}
Joachim Koschnicke	CDU	2005-2011 Verantwortlicher für den Bereich Strategische Planung und Strategische Kommunikation in der CDU ^[115]	01/2018 Partner und Berater bei der Lobbyagentur Hering Schuppener (Finsbury Glover Hering) ^{[116][117]} 04/2017-10/2017 Leiter Strategische Planung und Strategische Kommunikation für die CDU im Bundestagswahlkampf ^{[118][119]} 01/2013-2017 Vice President und Cheflobbyist bei Opel ^[120]
Gerda Hasselfeldt	CSU	03/2011-09/2017 Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag 2005-2011 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages	01/2019 Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) ^[121] 12/2017 Präsidentin Deutsches Rotes Kreuz ^{[122][123]}
Thomas Sattelberger	FDP	langjähriges Vorstandsmitglied in deutschen Dax-Unternehmen, u.a. Deutsche Telekom, Continental, Lufthansa ^[124]	09/2017 Mitglied des Deutschen Bundestages ^[125]
Stephan Holthoff-Pförtner	CDU	2016-06/2017 Präsident Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger ^[126] - weiterhin Mitgesellschafter der Funke-Mediengruppe ^[127]	06/2017 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen

Franz-Josef Jung CDU

- 11/2005-10/2009 Bundesminister der Verteidigung
- 05/2017 Mitglied des Aufsichtsrats von [Rheinmetall](#) ^[128]^[129]

2016

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Robert Kloos	CDU	02/2010 bis 08/2016 Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	10/2016 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. [130]
Gerhard Schindler		12/2011-06/2016 Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND)	11/2016 Berater bei der auf Sicherheitsfragen spezialisierten Lobby- und Beratungsagentur Friedrich 30 [131]
Marion Scheller		2011–13 Leiterin des Büros von Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl 2013–09/2016 Referatsleiterin Energiepolitik im Bundeswirtschaftsministerium	10/2016 Senior Advisor for Governmental Relations bei Gazprom (Nord Stream 2) [132]
Peter Friedrich	SPD	2011-03/2016 Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg	09/2016 Leiter des Berliner und des Brüsseler Büros der Unternehmensberatung für Strategie und Kommunikation Gaully Dittrich van de Weyer [133]
Roland Werner	FDP	11/2014 Staatssekretär und Amtschef im Sächsischen Wirtschaftsministerium	07/2016 Leiter für Government Affairs beim Online-Vermittlungsdienst für Fahrdienstleistungen Uber [134]
Andreas Storm	CDU	11/2014 Minister für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland 2009-2011 Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales	07/2016 Vorstand der Krankenkasse DAK-Gesundheit [135]
Steffen Kampeter	CDU	2009-06/2015 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen	07/2016 Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) [136][137]

Stefan Kapferer FDP	• 2011-2014 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium • 12/2019 Vorsitzender der Geschäftsführung von 50Hertz und Mitglied der deutsch-belgischen Elia Group ^[138] • 05/2016-2019 Vorsitzender der Hauptgeschäftsführung des Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ^[139]
Anders Mertzluft	• 2009-2014 Leiter Kommunikationsabteilung im Bundesministerium der Justiz • 06/2018 Leiter Kommunikation und Pressesprecher der Friedrich-Naumann-Stiftung ^[140] • 04/2016-2018 Director Corporate and Public Affairs bei Hill+Knowlton Strategies ^[141]
Sebastian Rudolph	• 2010-02/2016 Leiter Kommunikation im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 11/2019 Vorstandsvorsitzender der Porsche AG ^{[142][143]} • 03/2016-2019 Leiter Unternehmenskommunikation bei Bilfinger ^[144]
Jörg Asmussen SPD	• 2008-2011 Beamteter Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • 2014-Ende 2015 Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales • 10/2020 Präsidiumsmitglied und Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ^[145] • 09/2016 Managing Director bei der Investmentbank Lazard ^[146] • 03/2016 Mitglied des Aufsichtsrats des Fintech-Start-ups Funding Circle ^[147]
Roland Wöller CDU	• 2008-03/2012 Sächsischer Staatsminister für Kultus und Sport • 2007-2008 Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft • 01/2016-08/2016 Bundesgeschäftsführer des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW), anschließend ab 12/2017 Sächsischer Innenminister ^[148]
Eduard Oswald CSU	• 1987 - 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages • 2011 - 2013 Bundestagsvizepräsident • seit 2016 Präsident von ProMobilität

- 01-10/1998 Bundesminister für
Raumordnung, Bauwesen und
Städtebau

2015

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Detlef Dauke		02/2014-03/2015 Abteilungsleiter für Innovations-, IT- und Kommunikationspolitik im Bundeswirtschaftsministerium	11/2017 Leiter der Berliner Repräsentanz von Uniper ^[149] 10/2015-06/2017 Geschäftsführer EUTOP Frankfurt Finance GmbH ^[150]
Katherina Reiche	CDU	2013-02/2015 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur 2009-2013 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	06/2020 Vorsitzende im Nationalen Wasserstoffrat des Bundeswirtschaftsministeriums ^[151] 01/2020 Vorsitzende des Vorstands bei der E.ON-Tochter Westenergie AG ^[152] 09/2015-Ende 2019 Hauptgeschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) sowie Präsidentin des Bundesverbands öffentlicher Dienstleistungen (bvöD) und des Europäischen Verbandes der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP) ^[153]
Andreas Breitner	SPD	2012-09/2014 Innenminister des Landes Schleswig-Holstein	07/2015 Direktor des Verbands Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) ^[154]
Michael Paul	CDU	2013-03/2015 Referatsleiter im Bundesumweltministerium	03/2015 Konzernbeauftragter für Verbandstätigkeit und Interessenvertretung bei den Stadtwerken Köln ^{[155][156]}
Dieter Gorny		2007-2017 Vorstandsvorsitzender vom Bundesverband Musikindustrie (BVMI) ^[157]	03/2015 Beauftragter für kreative und digitale Ökonomie im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ^[158]
Sebastian Lange		12/2014 persönlicher Referent des NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD)	01/2015 Cheflobbyist des Wohnungsunternehmens Deutsche Annington Immobilien ^{[159][160]}

Dirk Niebel	FDP	• 2009-12/2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung • 2005-2009 Generalsekretär der FDP	• 01/2015 Cheflobbyist für internationale Aufgaben des Rüstungsunternehmens Rheinmetall ^[161]^[162]
Ronald Pofalla	CDU	• 10/2009-12/2013 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes	• 01/2015-07/2015 Generalbevollmächtigter für politische und internationale Beziehungen bei der Deutschen Bahn ^[163]^[164] anschließend 08/2015-12/2016 Vorstand bei der Deutschen Bahn für Wirtschaft, Recht und Regulierung und seit 01/2017 Vorstand für Infrastruktur ^[165] ab 06/2022 Geschäftsführer bei der Groener Group ^[166]

]

2014

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Ursula Heinen-Esser	CDU	10/2009-10/2013 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 09/2007-2009 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	2016-2018 Mitglied des Kuratoriums der Allianz Umweltstiftung, anschließend ab 05/2018 Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Nautr- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen ^[167] 2014-2018 Mitglied des Aufsichtsrates der Hermes Europe GmbH ^[168] 2014-2016 Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands Garten-, Landschafts-, Sportplatzbau (BGL) ^[169]
Stéphane Beemelmans		2011-02/2014 Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung	12/2016 Geschäftsführer der PD Berater der öffentlichen Hand GmbH ^[170] 11/2016 Vorstand der ÖPP Deutschland AG ^[171] 12/2014–2016 Geschäftsführer der Lobbyagentur EUTOP Berlin ^{[172][173]}
Silvana Koch-Mehrin	FDP	2009-2011 Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, bis 05 /2014 Abgeordnete des Europäischen Parlaments	11/2014 Politische Beraterin bei der Lobbyagentur Gplus European, ^[174] u.a. war sie auch Senior Advisor bei Ernst & Young (EY) und ist Vorsitzende und Gründerin der Stiftung Women Political Leaders (WPL) ^[175]
Daniel Bahr	FDP	05/2011-12/2013 Bundesminister für Gesundheit	01/2017 Mitglied des Vorstands Vorstand im Aufsichtsrat der Allianz Privaten Krankenversicherungs-AG (APKV) ^[176] 11/2014-12/2016 Generalbevollmächtigter bei der Allianz Private Krankenversicherungs-AG (APKV) ^[177]

Birgit Grundmann	FDP	• 2009-01/2014 Beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz	• 2014-2015 Tätigkeit für den Thinktank Center for American Progress ^[178] • 2016 Rechtsanwältin bei Steinmeyer & Partner ^[179] • 09/2014-12/2015 "Vorstandsbevollmächtigte Politik und Verbände" und damit Cheflobbyistin bei der Allianz Deutschland AG ^[180]
Katrin Suder	parteilos	• 2010-07/2014 Direktorin der Unternehmensberatung McKinsey & Company und Leiterin des Berliner Büros sowie des deutschen Public Sectors ^[181]	• 2021 sollte sie als IT-Chefin in den Vorstand der Volkswagen AG wechseln, doch der Konzern habe sich schließlich gegen sie entschieden ^[182] • 08/2018 Vorsitz im neu gegründeten Digitalrat der Bundesregierung ^[183] • 08/2014-04/2018 Beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung ^[184]
Patrick Meinhardt	FDP	• 2005-09/2013 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, u.a. Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Bildung	• 04/2021 Bundesgeschäftsführer des Taxi- und Mietwagenverbands Deutschland ^[185] • 08/2014-04/2021 Geschäftsleitung des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW) ^[186]
Jan Mücke	FDP	• 2009-10/2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung • 05/2011-03/2013 stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP	• 09/2019 Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE) ^{[187][188]} • 07/2014 Geschäftsführer und Sprecher vom Deutschen Zigarettenverband (DZV) ^[189] • 2016 Leiterin des Hauptstadtbüros des Deutschen Aktieninstituts ^[190]

Birgit Homburger FDP	10/2009-05/2011 Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, zuvor war sie stellvertretende Vorsitzende	06/2014 Partnerin und Senior Advisor bei der Unternehmensberatung Odgers Berndtson ^[191]
Thomas Ilka	06/2011-01/2014 Beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit	05/2014 Geschäftsführer des Bereiches Europa/Internationales beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ^[192]
Rolf Koschorrek CDU	2009- Herbst 2013 stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	05/2014 Leiter des Hauptstadtbüros vom Deutschen Berufsverband der Hals-Nasen-Ohrenärzte ^[193], zuvor war er bereits seit 2012 Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe und des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte, bis er im Januar 2020 verstarb ^[194]
Martin Brüning FDP	2014 Stellv. Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion Niedersachsen	05/2014 Leiter Kommunikation und Pressesprecher der Wirtschaftsvereinigung Metalle ^[195]
Martin Stadelmaier SPD	2003-2013 Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz	05/2014-2020 Leiter des Hauptstadtbüros vom Deutschen Lotto- und Totoblock (DLTB) ^[196]
Volker Schlotmann SPD	2008-10/2011 Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, anschließend bis 12/2013 Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung	04/2014 Kommunikationsdirektor für den Wind- und Solarpark-Entwickler Kloss New Energy ^[197]
Sabine Heimbach	01/2010-12/2013 Stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung	04/2014-01/2016 Leiterin des Hauptstadtbüros vom Deutschen Aktieninstitut (DAI) ^[198]

Otto Fricke	FDP	• seit 2017 erneut Mitglied des Deutschen Bundestages, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion • 2009–2013 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion	• 03/2014 bis 10/2017 Partner der PR-Agentur CNC Communications & Network Consulting ^[199]
Philipp Rösler	FDP	• 2011–12/2013 Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Vizkanzler und FDP-Bundesvorsitzender • 2009–2011 Bundesminister für Gesundheit	• 12/2017 Leiter der Hainan Cihang Charity Foundation, des größten Einzelaktionärs des chinesischen Mischkonzerns HNA ^[200] • 02/2014 bis 11/2017 Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Stiftung World Economic Forum ^[201]
Rolf Hempelmann	SPD	• 01/2003–09/2013 Sprecher der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Deutschen Bundestages	• 02/2014 Berater für das Energieversorgungsunternehmen ST EAG und den Aluminiumhersteller Trimet Aluminium SE ^[202]
Jürgen Häfner	SPD	• 05/2011–01/2014 Innenstaatssekretär von Rheinland-Pfalz	• 02/2014 Lotto Rheinland-Pfalz, Geschäftsführer
Dietrich Birk	CDU	• 12/2013 MdL in Baden-Württemberg • 2006–2011 Politischer Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Baden-Württembergs	• 01/2014 Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) Baden-Württemberg, Geschäftsführer

2013

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Fritz Rudolf Körper	SPD	• 1998-2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern • Bis 2013 Mitglied des Bundestages, u. a. im Verteidigungsausschuss und im Parlamentarischen Kontrollgremium	• Seit 2013 Geschäftsführer der auf den Sicherheitsbereich spezialisierten Lobby- und Beratungsfirma Friedrich 30
Friedrich-Otto Ripke	CDU	• 02/2013 Staatssekretär im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium	• 11/2013 Präsident des NGW-Niedersächsische Gefügelwirtschaft Landesverbands
Eckart von Klaeden	CDU	• 09/2013 Staatsminister bei Bundeskanzlerin Angela Merkel	• 11/2013 Leiter des Bereichs "Global External Affairs und Public Policy" bei der Daimler AG und damit Cheflobbyist des Daimler-Konzerns
Holger Eichele	parteilos	• 10/2013 Referatsleiter Presse im Bundesministerium des Landwirtschaftsministerium	• 11/2013 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Brauer-Bunds
Jost de Jager	CDU	• 01/2013 Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holstein • 06/2012 Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein	• 12/2013 "Senior Advisor" bei dem Personalberatungsunternehmen Rochus Mummert • Mitte 2012 Beratertätigkeit im Bereich Public Private Partnership
Rita Pawelski	CDU	• 09/2013 Mitglied im Bundestag, Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der Unions-Fraktion	• 08/2013 Tätigkeit bei der Berliner Niederlassung der PR-Agentur g+germany
Kurt Beck	SPD	• 01/2013 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz	• 06/2013 Berater des Pharmakonzerns Boehringer Ingelheim
Christoph Hartmann	FDP	• 01/2012 Wirtschaftsminister des Saarlandes	• 01/2013 Director bei der PR-Agentur Hering Schuppener, Bereiche Corporate Affairs & Public Strategies

Karl Schlich

- 2012 Leiter des Pressereferats des Bundeskanzleramtes
- 01/2013 Mitglied der Geschäftsführung der Unternehmensberatung **know:bodies**

2012

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Walther Otremba	CDU	• 03/2011 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium	• 12/2012 Vorsitzender Bundesverband Briefdienste
Andreas Rade	Bündnis 90 / Die Grünen	• 08/2012 Büroleiter von Renate Künast (der damaligen Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / Die Grünen)	• 08/12 Geschäftsführer der Hauptstadtrepräsentanz des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) • 01/2022 Geschäftsführer des Verbands der Automobilindustrie (VDA)
Dieter Posch	FDP	• 05/2012 Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung	• 11/2012 Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft
Ulrich Freise	SPD	• Ende 2011 Staatssekretär in Berlin für Inneres und Sport	• 09/2012 in der Geschäftsleitung der PIN Mail AG
Georg Fahrenschon	CSU	• 2011 Bayerischer Finanzminister	• 05/2012 - 11/2017 Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes • 01/2019 Generalbevollmächtigter und Director der Steuerberatung WTS
Christine Scheel	Grüne	• 01/2012 Mitglied des Bundestages	• 02/2012 Aufsichtsrat der HEAG Süd Hessische Energie AG
Thomas Steg	parteilos	• 11/2005-10/2009 stellv. Sprecher der Bundesregierung • stellv. Leiter des Presse- und Informationsamtes	• Gründung der Steg Kommunikation und Beratung GmbH • 02/2012 Cheflobbyist bei Volkswagen
Ernst Uhrlau	SPD	• 12/2011 Präsident des BND	• 02/2012 Berater Deutsche Bank

2011

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Thomas Matussek	parteilos	2011 Deutscher Botschafter in Indien	11/2011 Erster Head of Public Affairs der Deutschen Bank
Martin Biesel	FDP	06/2011 Beamteter Staatssekretär im Auswärtigen Amt	11/2011 Direktor für internationale Verkehrsrechte und Vorstands-Bevollmächtigter bei airberlin
Georg Adamowitsch	SPD	2002-08/2006 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium	09/2011 Hauptgeschäftsführer des Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)
Stefan Mappus	CDU	05/2011 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg	08-12/2011 bei der Pharmafirma Merck
Markus Kerber	parteilos	2011 Chefvolkswirt im Bundesfinanzministerium	07/2011 Hauptgeschäftsführer des BDI
Wolfgang Hahn	parteilos	2009 Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesverkehrsministerium	05/2011 Interessenvertreter der Deutschen Gesellschaft für Kombinierten Güterverkehr
Jürgen Rüttgers	CDU	2010 Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen	03/2011 Rechtsanwalt in der Kanzlei Beiten Burkhardt
Andreas Krautscheid	CDU	11/2010 Generalsekretär der CDU in NRW 2007-2010 Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW	03/2011 stellv. Hauptgeschäftsführer des Bundesverband Deutscher Banken (BdB) - seit 2018 Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstands des Bundesverband Deutscher Banken (BdB)^[203]
Peter Bleser	CDU	2008-2011 Mitglied des Präsidiums Deutscher Raiffeisenverband	2/2011 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 01/2011 im Aufsichtsrat von UBS

Roland Koch	CDU	08/2010 Ministerpräsident des Landes Hessen	07/2011 Vorstandsvorsitzender bei Bilfinger Berger
Silke Lautenschläger	CDU	2010 Hessische Umweltministerin	01/2011 Mitglied des Vorstandes der DKV
Axel Gedaschko	CDU	08/2010 Wirtschaftssenator in Hamburg	02/2011 Präsident beim Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW)
Leo Dautzenberg	CDU	02/2011 Mitglied im Deutschen Bundestag	01/2011 Bevollmächtigter des Vorstandes und Leiter der Abteilung Public Affairs bei Evonik
Bernd Pfaffenbach	parteilos	2011 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium	2011 Senior Advisor JP Morgan Chase
Tim Arnold	CDU	2006-2010 Leiter der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund	2011 Senior Vice President Political Strategy der ProSiebenSat.1 Group
Katrin Kortmann	parteilos	2009 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	2011 stellv. Generalsekretärin bei Care Deutschland-Luxemburg 2012 Deputy Director General Sectoral Department der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (GIZ)

2010

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Ulrich Junghanns	CDU	11/2009 Wirtschaftsminister in Brandenburg	06/2010 Aufsichtsratsmitglied bei Ar celorMittal Eisenhüttenstadt 2010-Anfang 2012 Berater der Oder sun AG
Nina Hauer	SPD	10/2009 Mitglied des Deutschen Bundestages	10/2010-Herbst 2011 Managing Director Deekeling Arndt Advisors
Astrid Grotelüschen	CDU	2001-04/2010 Geschäftsführerin der Mastputen-Brütere ihorn	04-12/2010 Niedersächsische Landwirtschaftsministerin
Andreas Dombret	CDU	09/2009 Bank of America Vice Chairman Europa & Vorsitzender der Geschäftsleitung	05/2010 Vorstand der Deutschen Bundesbank
Anne Herkes	FDP	2009 Vice President Policy and Communications BP Biofuels, London	03/2012-12/2013 Beamtete Staatssekretärin im Bundeswirtschafts ministerium 2010-2012 Deutsche Botschafterin in Katar
Dieter Althaus	CDU	09/2009 Ministerpräsident von Thüringen	02/2010 Autozulieferer Magna International, Vice President
Georg Brunnhuber	CDU	2009 Mitglied des Deutschen Bundestags u.a. Verkehrsausschuss	07/2010- 12/2010 Sonderbeauftragter für Politik von D eutsche Bahn - Chef Rüdiger Grube
Ole von Beust	CDU	2010 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg	2010-05/2013 „Senior Advisor“ für die Hamburger Niederlassung von R oland Berger
Ralf Nagel	SPD	02/2010 Senator für Wirtschaft, Häfen, Justiz & Verfassung von Bremen	02/2010 Verband Deutscher Reeder (VDR), Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied

Christian Weber	FDP	01/2010 stellv. Direktor des Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) 02/2010-xx/2014 Abteilungsleiter für Grundsatzfragen im Bundesgesundheitsministerium
Volker Hoff	CDU	02/2009 Hessischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten 02/2010-07/2012 Cheflobbyist bei Opel
Michael Jansen	CDU	12/2009 Leiter des Büros der Bundesvorsitzenden Angela Merkel in CDU-Bundesgeschäftsstelle - xx/2015 Leiter der Repräsentanz der Volkswagen AG in Berlin 01/2010-04/2015 Deutsche Post DHL Deutsche Post DHL

2009

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Ditmar Staffelt	SPD	2005 Koordinator für die deutsche Luft- und Raumfahrt 01/2009 Mitglied des Deutschen Bundestags	2009-2012 EADS - Leitung des Bereichs Politik- und Regierungsangelegenheiten
Michael Glos	CSU	2009 Wirtschaftsminister	2009-2012 RHJ International - Berater - seit 2013 Berater für den Gipshersteller Knauf
Gerald Hennenhöfer	parteilos	2009 Anwalt bei der Kanzlei Redeker Sellner Dahs, die u.a. zum Atomlager Asse beriet	2009-01/2014 Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium
Heinz Marzi	parteilos	03/2009 Generalleutnant der Bundeswehr / Stellvertreter des Inspektors der Luftwaffe	2009-11/2010 Geschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)
Matthias von Randow	SPD	10/2008 Beamteter Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium	01/2009-06/2011 Bevollmächtigter des Vorstandes für Politik bei der Fluggesellschaft Air Berlin 07/2011 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL)
Rainer Wend	SPD	04/2009 MdB 2005-2008 Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion	04/2009 Leiter des Zentralbereichs Politik und Unternehmensverantwortung bei der Deutschen Post DHL
Walter Riester	SPD	2009 MdB 1998-2002 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	10/2009-6/2012 Mitglied im Aufsichtsrat von Union Investment
Friedrich Merz	CDU	1994 bis 2009 Abgeordneter des Deutschen Bundestags	2009 Vorsitzender der Atlantik-Brücke

- 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU /CSU-Bundestagsfraktion
- 2016 Vorsitzender des Aufsichtsrats bei der deutschen Tochter vom Vermögensverwalter **Blackrock**

2008

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Kurt Faltlhauser	CSU	10/2007 Finanzminister Bayerns	02/2008-xxxx Mitglied des deutschen Beirats der Investmentbank Rothschild
Helmut Bauer	parteilos	07/2007 Erster Direktor Bankenaufsicht bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	02/2008-09/2009 Leiter der Abteilung "Aufsichtsangelegenheiten"/Head of Regulatory Affairs bei der Deutschen Bank
Hildegard Müller	CDU	2008 Staatsministerin unter Bundeskanzlerin Angela Merkel	10/2008-01/2016 Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung - seit 05/2016 Vorstand bei RWE
Norbert Hansen	GdED / Transnet / EVG	8/5/2008 Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) im DGB, die er in Transnet umbenannt hatte. Heute heißt sie Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)	Von 15/5/2008 bis 13/5/2009 als Arbeitsdirektor Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn AG
Jörg Hennerkes	SPD	2008 Beamteter Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium	07/2008 Hennerkes Projektberatung GmbH, Geschäftsführender Gesellschafter 06/2008-12/2010 Leiter des Kompetenzzentrum Logistik Bremen (KLB)
Joachim Wuermeling	CSU	2008 Beamteter Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium	11/2011 Vorstandsvorsitzender Verband der Sparda-Banken 07/2008-10/2011 Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
Marianne Tritz	Grüne		05/2013 Geschäftsführerin Gesamtverband Dämmstoffindustrie (GDI)

		• 2008 Vorstandsreferentin des Grünen-Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn	• 03/2008-10/2012 Geschäftsführerin Deutscher Zigarettenverband (DZV)
Martin Jäger	parteilos	• 09/2008 Sprecher des Auswärtigen Amts unter Frank Walter Steinmeier	• 09/2008-08/2013 Daimler AG - Leiter des Bereichs "Global External Affairs and Public Policy"
Wolfgang Ischinger	parteilos	• 04/2008 deutscher Botschafter in Großbritannien	• 05/2008 Generalbevollmächtigter für Regierungsbeziehungen für die Allianz SE • 05/2008 Vorsitzender der Münchener Sicherheitskonferenz
Thomas Mirow	SPD	• 2007 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium	• 07/2008-06/2012 Präsident Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

2007

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Werner Schnappauf	CSU	10/2007 Bayerischer Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz	11/2007-3/2011 Hauptgeschäftsführer des BDI 01/2012 Partner und Berater der Anwaltskanzlei Graf von Westphalen
Edmund Stoiber	CSU	2007 Bayerischer Ministerpräsident	2007 Mitglied im Aufsichtsrat der Nürnbergischer Versicherungsgruppe 2011 Vorsitzender des Beirats der Pro Sieben Sat1 Media AG
Joachim Lang	parteilos	2007 Leiter im Bereich Koordinierung der Europa-politik der Bundesregierung im Kanzleramt	2007 Cheflobbyist von E.ON
Birgit Fischer	SPD	2006 Stellv. Fraktionsvorsitzende SPD-NRW	2011 Geschäftsführerin des Verbands der forschenden Arzneimittelhersteller (vfa) 2007-2010 Stellv. Vorstandsvorsitzende der Barmer Ersatzkasse
Joschka Fischer	Grüne	2005 Außenminister und Vizekanzler der BRD	2009 Gründung der Lobbyorganisation Joschka Fischer & Company 2007 Unternehmensberater
Margareta Wolf	Grüne	2005 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium unter Trittin	12/2007 Unternehmensberaterin bei der Strategie- und Beratungsagentur Deekeling Arndt Advisors
Matthias Berninger	Grüne	2007 Wirtschaftspol. Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen 2001 - 2005 parl. Staatssekretär im BMELV	2007 Leiter des Bereichs Gesundheits- und Ernährungsfragen beim Nahrungsmittelkonzern Mars Inc.

Norbert Schellberg	Grüne	04/2007 Vorstandsreferent der Bundestagsfraktion der Grünen 05/2007 Mitarbeiter der Hauptgeschäftsführung des Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA)
Volker Halsch	SPD	2006 Beamteter Staatssekretär im Bundesfinanzministerium 05/2013 "Head of Public Sector" bei der Bertelsmann-Tochter arvato AG 02/2007-2013 Mitglied der Geschäftsleitung von Vivento
Matthias Wissmann	CDU	05/2007 MdB 1993-1998 Bundesverkehrsminister 06/2007 Präsident Verband der Automobilindustrie (VDA)

2006

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Hans-Josef Fell	Grüne	2005-09/2013 Abgeordneter im Deutschen Bundestag, u.a. war er energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion (Bündnis 90/Die Grünen)	2006 gründete er die Energy Watch Group (EWG) und leitete diese als Präsident ^[204]
Andrea Fischer	Grüne	2001 Bundesgesundheitsministerin	2006-2009 Beraterin bei Pleon 2004-2006 Mitglied des Führungsstabes bei der IFOK GmbH
Gerhard Schröder	SPD	11/2005 Bundeskanzler der BRD	03/2006 Aufsichtsratsvorsitzender des Pipeline-Konsortiums NEGP-Company, später bekannt als Nordstream AG (Teil von Gazprom)
Otto Schily	SPD	10/2005 Bundesinnenminister	2006 Gründung der Otto Schily Rechtsanwaltsgesellschaft mbH (2009 umbenannt in Tressa Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH) - Aufsichtsratsmitglied und Anteilseigner bei SAFE ID Solutions AG (Insolvenz 03/2011) - Aufsichtsratsmitglied bei Byometric Systems AG (Insolvenz 06/2009)
Gerald Thalheim	SPD	2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverbraucher schutzministerium	05/2012 Mitglied des Vorstands des Mitteldeutschen Genossenschaftsverbands 02/2006 Agrarpolitischer Berater
Peter Ruhenstroth-Bauer	SPD	2005 Staatssekretär im Bundesfamilienministerium	2006 Gründung der Beratungsfirma Kommunikation & Strategie
Axel Horstmann	SPD	2002-2005 Energieminister in NRW	- seit 2010 Partner der Beratungsgesellschaft S/E/Strategie und Ergebnisse 2006-2010 Konzernbevollmächtigter der EnBW für Nordrhein-Westfalen

Tim Arnold	CDU	2004 Leiter Unternehmenskommunikation von Ratton House/Bertelsmann 2011 Senior Vice President Political Strategy der ProSiebenSat.1 Group 2006-2010 Leiter der Vertretung des Landes NRW beim Bund
Wolfgang Clement	SPD	09/2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit 07/2012 Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) 02/2006 Aufsichtsratsmitglied der RWE Power AG und weitere 12/2007 Berater bei Deekeling Arndt Advisors
Andreas Renner	CDU	01/2006 Minister für Arbeit und Soziales in Baden-Württemberg 2009 Leiter der Repräsentanzen Berlin und Brüssel der EnBW 2006 Konzernbevollmächtigter für regenerative Energien bei EnBW

2005

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Alfred Tacke	SPD	04/2004 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium	05/2005–12/2008 Vorstandsvorsitzender STEAG
Caio Koch-Weser	parteilos	11/2005 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium	2006 Berater als "Vice Chairman" der Deutschen Bank
Hans Martin Bury	SPD	2005 Staatsminister für Europa	04/2009 Managing Partner bei Hering Schuppener 2005-11/2008 Managing Director /Mitglied des Vorstands bei Lehman Brothers
Jürgen Chrobog	parteilos	2005 Staatssekretär im Auswärtigen Amt	07/2005-06/2013 Vorsitzender des Vorstands der BMW Stiftung Herbert Quandt
Otto Wiesheu	CSU	11/2005 Bayerischer Wirtschaftsminister	01/2006-05/2009 Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn, Ressort Wirtschaft und Politik
Rezzo Schlauch	Grüne	2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium	10/2005-12/2009 Beiratsmitglied bei EnBW

2004

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Hartmut Meyer	ehem. SPD	09/2003 Rücktritt als Verkehrsminister Brandenburgs	01/2004- Ende 2004 Berater der Deutschen Bahn AG

2003

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Bruno Thomauske	parteilos	2003 Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)	Herbst 2003-07/2007 Vattenfall Europe AG - Leiter des Geschäftsbereichs Kernkraftwerke
Werner Müller	parteilos	2002 Bundeswirtschaftsminister	12/2012 Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung 06/2003-12/2008 Vorstandsvorsitzender der RAG AG (später Evonik Industries)

2002

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Jürgen Heyer	SPD	07/1994-04/2002 Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt	04/2003-Ende/2007 Aufsichtsratschef bei Scandlines, einer Fähr-Reederei, an der die Deutsche Bahn damals beteiligt war 12/2002 Berater der Deutschen Bahn AG
Reinhard Klimmt	SPD	1998-1999 Ministerpräsident im Saarland 09/1999-11/2000 Bundesverkehrsminister	07/2002-2009 "Beauftragter des Vorstandes der Deutschen Bahn AG" für die Interessen des Unternehmens bei der französischen Regierung in Paris und bei der Europäischen Union in Brüssel
Bodo Hombach	SPD	10/1998-07/1999 Chef des BKamts und Bundesminister f. besondere Aufgaben 07/1999-12/2001 EU-Sonderkoordinator für den Stabilitätspakt in Südosteuropa	02/2002-01/2012 Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe

2000

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Gunda Röstel	Grüne	2000 Parteivorsitzende (Grüne)	10/2000 Prokuristin der Gelsenwasser AG 04/2011 im Aufsichtsrat von EnBW
Günter Rexrodt	FDP	10/1998 Bundeswirtschaftsminister	10/2000-08/2004 Vorstand bei der WMP Eurocom AG - außerdem zahlreiche Aufsichtsratsmandate, unter anderem bei AWD

1997

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Cornelia Yzer	CDU	10/1994-01/1997 Staatssekretärin im Bundesbildungsministerium	03/1997-05/2011 Hauptgeschäftsführerin beim Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa)

1992

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Ludwig-Holger Pfahls	CSU	02/1992 Staatssekretär für Rüstungskontrolle	03/1992-06/1992 Berater der Daimler-Benz AG 07/1992-10/1999 Manager von Daimler-Benz AG Belgien später Südostasien

1991

Name	Partei	Alter Job bis	Neuer Job ab
Lothar Späth	CDU	01/1991 Ministerpräsident Baden-Württemberg ^[205]	06/1991-06/2003 Übernahme der Leitung von Jenoptik in Jena

Weiterführende Informationen:

- [Das Phänomen Seitenwechsel](#)

- [Seitenwechsler auf EU-Ebene](#)
- [Fliegende Wechsel – Was macht die Ex-Regierung Schröder II heute?](#), Kurzstudie von LobbyControl

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [dr-robert-habeck-to-become-senior-advisor-at-urban-partners](#) urban.partners, news vom 06.07.2026, abgerufen am 07.07.2026
2. ↑ [jana-schimke-wird-neue-hauptgeschaeftsfuehrerin](#) www.dehoga-bundesverband.de vom 04.09.2025, abgerufen am 29.09.2025
3. ↑ [seitenwechsel-von-mr-tesla-zur-tesla-kanzlei](#) lobbypedia.de vom 06.08.2025, abgerufen am 06.08.2025
4. ↑ [lindemann-wechselt -zu-bayer](#) www.pharmazeutische-zeitung.de vom 23.10.2024, abgerufen am 24.10.2024
5. ↑ [Politiker-beschaeftigt-lobbyisten](#) bild.de vom 27.01.2018, abgerufen am 10.09.2024
6. ↑ [Stefan Müller wird neuer Vorstandsvorsitzender und Präsident des GBV](#), gv-bayer.de vom 06.12.2023, abgerufen am 06.12.2023
7. ↑ [Bundesanzeiger](#) Bekanntmachung vom 2.1.2023, abgerufen am 12.2.2023
8. ↑ [Heiko Maas wird Partner bei GSK Stockmann](#), gsk.de, abgerufen am 12.2.2023
9. ↑ [Bundesanzeiger](#) Bekanntmachung vom 2.1.2023, abgerufen am 12.2.2023
10. ↑ [Elga Bartsch wird Habecks Chefökonomin – erste Frau in dieser Position](#) Handelsblatt online vom 22.11.2022, abgerufen am 22.11.2022
11. ↑ [Bartsch neue Abteilungsleiterin](#), Finanznachrichten vom 9.1.2023, abgerufen am 12.1.2023
12. ↑ [Bundesanzeiger](#) Bekanntmachung vom 24.10.2022, abgerufen am 12.2.2023
13. ↑ [Enger Mitarbeiter von Annalena Baerbock wird RWE-Cheflobbyist](#) zeit online vom 1.11.2022, abgerufen am 9.11.2022
14. ↑ [Volkmar Vogel](#) bundestag.de, abgerufen am 10.11.2022
15. ↑ [Bundesanzeiger.de](#) vom 10. Oktober 2022, abgerufen am 10.11.2022
16. ↑ [Dt. Bundestag, Webarchiv](#), abgerufen am 18.08.2022
17. ↑ [Dr. Stefan Kaufmann verstärkt thyssenkrupp beim Ausbau der Wasserstoffwirtschaft](#), Pressemeldungen thyssenkrupp vom 10.08.2022, abgerufen am 18.08.2022
18. ↑ [Felix Hufeld](#), manager-magazin.de vom 05.10.2022
19. ↑ [pdf Bundesminister und Staatssekretäre](#), abgerufen am 18.08.2022
20. ↑ [Andreas Feicht wird neuer Rheinenergie-Chef](#) CDU Köln, abgerufen am 18.08.2022
21. ↑ [Ex-Staatssekretär rückt an Konzernspitze](#), SZ vom 14.08.2022, abgerufen am 18.08.2022
22. ↑ [Eva Christiansen geht zu Finsbury Glover Hering](#), kom.de vom 26.04.2022, abgerufen am 26.04.2022
23. ↑ [Personalwechsel](#), politik-kommunikation.de vom 01.08.2022, abgerufen am 04.08.2022
24. ↑ [Referent Thorsten Herdan](#), BMWK, abgerufen am 29.07.2022
25. ↑ [Wirtschaftsforum-h2](#), abgerufen am 29.07.2022
26. ↑ [Kekst CNC baut Standort Berlin aus](#), kekstcnc.com vom 12.01.2022, abgerufen am 14.07.2022

27. ↑ [Greenpeace International Executive Director steps down to become German Government Climate Envoy](#), greenpeace.org vom 09.02.2022, abgerufen am 10.02.2022
28. ↑ [Rat für Nachhaltige Entwicklung: Ehemalige Mitglieder](#), wikipedia.org, abgerufen am 10.02.2022
29. ↑ [Greenpeace-Chefin soll ins Auswärtige Amt wechseln](#), tagesschau.de vom 02.02.2022, abgerufen am 10.02.2022
30. ↑ [Bundestag.de](#), abgerufen am 4.2.2022
31. ↑ [designierte DGB-Vorsitzende](#), Handelsblatt.com vom 4.2.2022, abgerufen am 4.2.2022
32. ↑ [Auswärtiges Amt verbietet Ex-Botschafter Job bei Nord Stream 2](#) zeit.de vom 27.1.2022, abgerufen am 4.2.2022
33. ↑ [FDP kritisiert Grünen-Politiker wegen Berater-Job](#) Stuttgarter Zeitung vom 12.1.22, abgerufen am 16.1.2022
34. ↑ [\[1\]](#), BMWK, abgerufen am 18.2.2022
35. ↑ [Pressekommentar zur Entlassung des Staatssekretärs Patrick Graichen](#), LobbyControl vom 17.05.2023, abgerufen am 20.05.2023
36. ↑ [Söder baut Kabinett um](#) zdf.de, abgerufen am 24.2.2022
37. ↑ [DOSB-Präsidium](#), abgerufen am 21.1.2022
38. ↑ [Der Bundesanzeiger. Bekanntmachung BAnz AT 19.01.2022 B1](#), abgerufen am 21.1.2022
39. ↑ [ZIA, Die Immobilienwirtschaft, Oliver Wittke](#) zia-deutschland.de, abgerufen am 21.07.2021
40. ↑ [Ingbert Liebing neuer bvöd-Vorsitzender](#) bvöd.de, vom 08.09.2020, abgerufen am 21.07.2021
41. ↑ [Lebenslauf Ingbert Liebing](#) vku.de, von April 2020, abgerufen am 21.07.2021
42. ↑ [Vorstand](#) schufa.de, abgerufen am 21.02.2024
43. ↑ [Stroppe ist Senior Advisor bei Hering Schuppener](#) politik-kommunikation.de, vom 02.09.2019, abgerufen am 21.07.2021
44. ↑ [Lutz Stroppe: Gründungsausschuss Virtuelles Krankenhaus NRW](#) qualitaetskongress-gesundheit.de, abgerufen am 21.07.2021
45. ↑ [gunther-adler-der-fruehere-staatssekretär...](#) zia-deutschland.de vom 26.09.2023, abgerufen am 14.12.2023
46. ↑ [Die Autobahn. Vita: Gunther Adler](#) autobahn.de, abgerufen am 22.07.2021
47. ↑ [Autobahn GmbH: Gunther Adler übernimmt Geschäftsführung Personal](#) personalwirtschaft.de, vom 28.04.2019, abgerufen am 22.07.2021
48. ↑ [Zypries bei Motot AI: Die ehemalige Justizministerin Brigitte Zypries ist bei Motor AI eingestiegen](#) autonomes-fahren.de, vom 29.11.2019, abgerufen am 22.07.2021
49. ↑ [Brigitte Zypries ist neues Aufsichtsratsmitglied bei Bombardier Transportation](#) rail.bombardier.com, vom 26.09.2019, abgerufen am 22.07.2021
50. ↑ [Der Politische Beirat des BVMW](#) bvmw.de, abgerufen am 27.09.2021
51. ↑ [Bundeskanzleramt. Bekanntmachung einer Entscheidung der Bundesregierung nach § 6b des Bundesministergesetzes](#) bundesanzeiger.de, vom 28.05.2018, abgerufen am 27.09.2021
52. ↑ [Bundeskanzleramt. Bekanntmachung einer Entscheidung der Bundesregierung nach § 6b des Bundesministergesetzes](#) bundesanzeiger.de, vom 28.05.2018, abgerufen am 27.09.2021
53. ↑ [Deutsche Vermögensberatung: Geschäftsleitung, Vorstand, Aufsichtsrat und Beirat](#) dvag.de, abgerufen am 22.07.2021
54. ↑ [Ombudsfrau Brigitte Zypries](#) inkasso.de, abgerufen am 27.09.2021
55. ↑ [Deutsche Unternehmerbörse. Brigitte Zypries wird neue Herausgeberin des DUB Unternehmer-Magazins](#) dub.de, vom 01.03.2019, abgerufen am 22.07.2021
56. ↑ [Brigitte Zypries übernimmt Schirmherrschaft des Startup-Unternehmerinnen-Netzwerkes](#) deustchestartups.org, com 04.08.2017, abgerufen am 22.07.2021

57. ↑ [Zypries im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn](#) politik-kommunikation.de, vom 04.09.2014, abgerufen am 22.07.2021
58. ↑ [Hanns Seidel Stiftung: Vorstand und Mitglieder](#) hss.de, vom 15.02.2020, abgerufen am 22.07.2021
59. ↑ [Fränkischer Ex-Minister Schmidt sitzt jetzt im Bahn-Aufsichtsrat](#) nordbayern.de, vom 01.04.2019, abgerufen am 22.07.2021
60. ↑ [Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn AG](#) deutschebahn.com, abgerufen am 22.07.2021
61. ↑ [Deutsche Atlantische Gesellschaft: Präsidium](#) ata-dag.de, abgerufen am 22.07.2021
62. ↑ [Vorstand des IBU](#) ibu-epd.com, abgerufen am 22.07.2021
63. ↑ [Messe Berlin GmbH: Geschäftsführung & Aufsichtsrat](#) messe-berlin.de, abgerufen am 22.07.2021
64. ↑ [Barbara Hendricks ist jetzt im Aufsichtsrat](#) rp-online.de, vom 07.02.2019, abgerufen am 22.07.2021
65. ↑ [Katholische Friedensstiftung: Personen](#) katholische-friedensstiftung.de, abgerufen am 22.07.2021
66. ↑ [Hermann Gröhe verstärkt Ecclesia-Aufsichtsrat](#) versicherungsbote.de, vom 05.03.2019, abgerufen am 22.07.2021
67. ↑ [Kerstin Andreae ab 1.November 2019 neue Hauptgeschäftsführerin des BDEW](#) bdew.de, vom 13.08.2019, abgerufen am 16.08.2021
68. ↑ [Sachsens Ex-Ministerpräsident Tillich wird Aufsichtsratschef bei Mibrag](#) spiegel.de, vom 21.09.2019, abgerufen am 22.07.2021
69. ↑ [Rechtsabbieger: Der neue Job von Merkels Geheimdienstmann](#) daserste.ndr.de, vom 07.03.2019, abgerufen am 16.08.2021
70. ↑ [Lobbyreport 2021, S. 29](#) lobbycontrol.de, abgerufen am 29.09.2021
71. ↑ [Das Rätsel um Klaus-Dieter Fritsche](#) zdf.de, vom 22.09.2020, abgerufen am 16.08.2021
72. ↑ [Toll Collect: Geschäftsführung](#) toll-collect.de, abgerufen am 22.07.2021
73. ↑ [Trotz Desaster: Toll Collect-Chef verdoppelt sein Gehalt und bleibt Staatssekretär](#) berliner-zeitung.de, vom 08.11.2019, abgerufen am 22.07.2021
74. ↑ [Aufsichtsrat der Siemens Energy AG](#) siemens-energy.com, abgerufen am 27.07.2021
75. ↑ [Sozialdemokrat Gabriel beriet Fleischmogul Tönnies](#) daserste.ndr.de, vom 02.07.2020, abgerufen am 26.07.2021
76. ↑ [Sigmar Gabriel wird Aufsichtsrat der Deutschen Bank](#) sueddeutsche.de, vom 24.01.2020, abgerufen am 26.07.2021
77. ↑ [Aufsichtsrat - Deutsche Bank](#) db.com, abgerufen am 26.07.2021
78. ↑ [Eurasia Group. Sigmar Gabriel: Former Vice Chancellor of Germany](#) eurasiagroup.net, abgerufen am 28.07.2021
79. ↑ [Atlantik-Brücke. Sigmar Gabriel neuer Vorsitzender: Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand](#) atlantik-bruecke.org, abgerufen am 27.07.2021
80. ↑ [Atlantik-Brücke - Gremien](#) atlantik-bruecke.org, abgerufen am 27.07.2021
81. ↑ [Sigmar Gabriel wird Schirmherr des Arbeitgebersegels "Top Job"](#) topjob.de, vom 06.05.2019, abgerufen am 28.07.2021
82. ↑ [Ex-Minister Gabriel hat neuen Nebenjob](#) spiegel.de, vom 27.03.2019, abgerufen am 27.07.2021
83. ↑ [Vorschläge für künftigen Verwaltungsrat von Siemens Alstom komplett](#) alstom.com, vom 15.05.2018, abgerufen am 28.07.2021
84. ↑ [Kommission untersagt geplante Übernahme von Alstom durch Siemens](#) ec.europa.eu, abgerufen am 28.07.2021
85. ↑ [Gabriel übernimmt Posten in Denkfabrik für Krisenbewältigung](#) wiwo.de, vom 25.05.2018, abgerufen am 28.07.2021
86. ↑ [Wechsel zu Holtzbrinck: Sigmar Gabriel wird Journalist](#) faz.net, vom 27.06.2018, abgerufen am 28.07.2021

87. ↑ [Matthias Machnig unterstützt die Rolle von InnoEnergy bei der Transformation der Energie- und Automobilindustrie](#) innoenergy.com, vom 01.12.2018, abgerufen am 26.07.2021
88. ↑ [Ex-Staatssekretär wechselt in die Wirtschaft](#) spiegel.de, vom 01.12.2018, abgerufen am 26.07.2021
89. ↑ [Ralf Kleindiek: Familien-Staatssekretär wechselt zu Boston Consulting](#) wiwo.de, vom 16.03.2018, abgerufen am 16.08.2021
90. ↑ [Dr. Ralf Brauksiepe tritt in VIVAWEST-Geschäftsführung ein](#) vivawest.de, vom 26.10.2018, abgerufen am 28.07.2021
91. ↑ [DB: Veränderungen in der Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand](#) ibir.deutschebahn.com, abgerufen am 16.08.2021
92. ↑ [Ärger um CSU-Mann Stefan Müller: Nebentätigkeit nicht angegeben](#) nordbayern.de, vom 19.06.2021, abgerufen am 28.07.2021
93. ↑ [Vorstand der SCHUFA Holding AG](#) schufa.de, abgerufen am 28.07.2021
94. ↑ [ebd.]
95. ↑ [Neuer Vorstand beim Wirtschaftsverband Weser](#) thb.info, vom 27.11.2018, abgerufen am 16.08.2021
96. ↑ [Uwe Beckmeyer neuer Vorstand beim Weserbund](#) dvz.de, vom 04.06.2018, abgerufen am 16.08.2021
97. ↑ [Thomas de Maiziére wird neuer Vorsitzender der Telekom-Stiftung](#) telekom.com, vom 06.09.2018, abgerufen am 29.09.2021
98. ↑ [DOSB-Ethikchef Thomas de Maiziére: "Das ist die richtige Mischung von Nähe und Distanz"](#) deutschlandfunk.de, vom 03.02.2019, abgerufen am 29.09.2021
99. ↑ [Deutsche Telekom Stiftung. Zur Person: Thomas de Maiziére](#) telekom-stiftung.de, abgerufen am 29.09.2021
100. ↑ [ZEIT-Stiftung: Gremien](#) zeit-stiftung.de, abgerufen am 29.09.2021
101. ↑ [Friedrich 30: Günther Heiss](#) friedrich30.com, abgerufen am 29.09.2021
102. ↑ [Bomba ist neu beim Thinktank von Cheil Germany](#) politik-kommunikation.de, vom 22.06.2018, abgerufen am 29.09.2021
103. ↑ [Ausschuss für Finanzstabilität: Dr. Jörg Kukies](#) afs-bund.de, abgerufen am 02.10.2021
104. ↑ [Deutschlandchef von Goldman geht ins Ministerium](#) faz.net, vom 19.03.2018, abgerufen am 02.10.2021
105. ↑ [Duin wechselt zum Kölner Handwerk](#) rp-online.de, vom 08.07.2019, abgerufen am 02.10.2021
106. ↑ [Handwerkskammer zu Köln: Garrelt Duin](#) hwk-koeln.de, abgerufen am 02.10.2021
107. ↑ [Ex-NRW-Wirtschaftsminister wechselt zu Thyssen-Krupp](#) handelsblatt.com, vom 15.02.2018, abgerufen am 02.10.2021
108. ↑ [Warum für Albig sein eigenes Gesetz nicht gilt](#) welt.de, vom 06.12.2017, abgerufen am 02.10.2021
109. ↑ [Die Seitenwechsler des Jahres: Torsten Albig/Deutsche Post DHL](#) wiwo.de, vom 19.12.2017, abgerufen am 02.10.2021
110. ↑ [Bundesministerium der Finanzen: Werner Gatzler](#) bundesfinanzministerium.de, abgerufen am 02.10.2021
111. ↑ [Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn AG](#) deutschebahn.com, abgerufen am 02.10.2021
112. ↑ [Wechsel in die Wirtschaft: Neuer Job für Hannelore Kraft](#) br.de, vom 06.12.2017, abgerufen am 02.10.2021
113. ↑ [Mitglieder des Aufsichtsrates der RAG Aktiengesellschaft in der Übersicht](#) rag.de, abgerufen am 02.10.2021
114. ↑ [Die Seitenwechsler des Jahres: Hannelore Kraft/RAG](#) wiwo.de, vom 19.12.2017, abgerufen am 02.10.2021
115. ↑ [Merkel holt neuen Wahlkampfstrategen](#) spiegel.de, vom 20.03.2017, abgerufen am 02.10.2021

116. ↑ [CDU-Strategie Joachim Koschnicke geht zur Hering Schuppener](#) horizont.net, vom 02.11.2017, abgerufen am 02.10.2021
117. ↑ [Koschnicke wird Partner bei Hering Schuppener](#) politik-kommunikation.de, vom 02.11.2021, abgerufen am 02.10.2021
118. ↑ [Schamlos ist das Lobbyistenleben](#) spiegel.de, vom 01.04.2017, abgerufen am 02.10.2021
119. ↑ [Merkel holt neuen Wahlkampfstrategen](#) spiegel.de, vom 20.03.2017, abgerufen am 02.10.2021
120. ↑ [Opel: Joachim Koschnicke neuer Vice President Regierungsbeziehungen](#) autosieger.de, abgerufen am 02.10.2021
121. ↑ [<https://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen/detail/gerda-hasselfeldt-neue-praesidentin-der-bagfw>] bagfw.de, vom 10.01.2019, abgerufen am 02.10.2021
122. ↑ [Die Seitenwechsler des Jahres: Gerda Hasselfeldt/Deutsches Rotes Kreuz](#) wiwo.de, vom 19.12.2017, abgerufen am 02.10.2021
123. ↑ [Deutsches Rotes Kreuz: Das Präsidium](#) drk.de, abgerufen am 02.10.2021
124. ↑ [Thomas Sattelberger: Über Mich](#) thomas-sattelberger.de, abgerufen am 02.10.2021
125. ↑ [Die Seitenwechsler des Jahres: Thomas Sattelberger/Deutscher Budnestag](#) wiwo.de, vom 19.12.2017, abgerufen am 02.10.2021
126. ↑ [Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Dr. Stephan Holthoff-Pförtner](#) land.nrw, abgerufen am 02.10.2021
127. ↑ [NRW-Medienminister überträgt Funke-Stimmrechte auf seinen Adoptivsohn](#) horizont.net, vom 06.07.2017, abgerufen am 02.10.2021
128. ↑ [Rheinmetall: Aufsichtsrat - Portrait](#) rheinmetall.com, abgerufen am 02.10.2021
129. ↑ [Ex-Verteidigungsminister Jung ist neuer Aufsichtsrat](#) spiegel.de, vom 10.05.2017, abgerufen am 02.10.2021
130. ↑ [Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V.: Die Mitarbeiter im "Haus der Landschaft"](#) galabau.de, abgerufen am 02.10.2021
131. ↑ [Friedrich 30: Gerhard Schindler](#) friedrich30.com, abgerufen am 02.10.2021
132. ↑ [Karrieresprung aus Berliner Ministerium zu Gazprom](#) welt.de, vom 09.10.2016, abgerufen am 02.10.2021
133. ↑ [Friedrich neuer Partner bei Gauly Dittrich van de Weyer](#) politik-kommunikation.de, vom 06.09.2016, abgerufen am 02.10.2021
134. ↑ [Werner leitet Government Affairs bei Uber](#) politik-kommunikation.de, vom 29.08.2016, abgerufen am 02.10.2021
135. ↑ [DAK Gesundheit: Vorstand](#) dak.de, abgerufen am 02.10.2021
136. ↑ [Kampeter ist neuer BDA-Hauptgeschäftsführer](#) spiegel.de, vom 06.07.2016, abgerufen am 02.10.2021
137. ↑ [VITA Steffen Kampeter](#) arbeitgeber.de, abgerufen am 02.10.2021
138. ↑ [50 Hertz: Vorsitzender der Geschäftsführung](#) 50hertz.com, abgerufen am 02.10.2021
139. ↑ [ebd.]
140. ↑ [Anders Mertzluft wechselt als Leiter der Kommunikation zur Friedrich-Naumann-Stiftung](#) cpmonitor.de, vom 13.06.2018, abgerufen am 02.10.2021
141. ↑ [ebd.]
142. ↑ [Rudolph leitet Kommunikation und Politik bei Porsche](#) politik-kommunikation.de, vom 09.09.2019, abgerufen am 02.10.2021
143. ↑ [Sebastian Rudolph wird neuer Leiter der Porsche Kommunikation](#) presse.porsche.de, abgerufen am 02.10.2021
144. ↑ [ebd.]
145. ↑ [GDV: Jörg Asmussen, Werdegang](#) gdv.de, abgerufen am 02.10.2021

146. ↑ [Ex-Notenbanker Asmussen heuert bei Investmentbank an](#) faz.net, vom 07.07.2016, abgerufen am 02.10.2021
147. ↑ [Asmussen wird Aufsichtsrat bei Funding Circle](#) politik-kommunikation.de, vom 11.03.2016, abgerufen am 02.10.2021
148. ↑ [Wöller hat den BVMW verlassen](#) politik-kommunikation.de, vom 30.09.20216, abgerufen am 02.10.2021
149. ↑ [Dauke leitet Hauptstadtbüro von Uniper](#) politik-kommunikation.de, vom 02.02.2018, abgerufen am 02.10.2021
150. ↑ [Hoher Regierungsbeamter wechselte auf Chefposten bei Lobbyagentur](#) abgeordnetenwatch.de, vom 25.04.2016, abgerufen am 02.10.2021
151. ↑ [Katherina Reiche: Vorsitzende des Vorstands der Westenergie AG](#) nachhaltigkeitsrat.de, abgerufen am 02.10.2021
152. ↑ [Westenergie AG: Vorstand](#) westenergie.de, abgerufen am 02.10.2021
153. ↑ [Katherina Reiche: Vorsitzende des Vorstands der Westenergie AG](#) nachhaltigkeitsrat.de, abgerufen am 02.10.2021
154. ↑ [Andreas Breitner übernimmt das Steuer beim VNW](#) bgm-wohnen.de, vom 01.07.2015, abgerufen am 02.10.2021
155. ↑ [Neuer Konzernbeauftragter: Stadtwerke stärken Lobbyarbeit](#) rundschau-online.de, vom 23.04.2015, abgerufen am 03.10.2021
156. ↑ [Paul vom BMUB in die Kommunalwirtschaft gewechselt](#) politik-kommunikation.de, vom 15.04.2015, abgerufen am 03.10.2021
157. ↑ [Dieter Gorny kandidiert nicht erneut für BVMI-Vorstandsvorsitz](#) beta.musikwoche.de, vom 18.09.2017, abgerufen am 03.10.2021
158. ↑ [Gabriel macht den Lobbyisten Dieter Gorny zum Berater](#) spiegel.de, vom 26.03.2015, abgerufen am 03.10.2021
159. ↑ [Vertrauter von SPD-Minister Garrelt Duin wechselt als Lobbyist zu umstrittenen Immobilienriesen Deutsche Annington](#) lokalkompass.de, vom 27.01.2015, abgerufen am 03.10.2021
160. ↑ [Vertrauter von SPD-Minister wechselt als Lobbyist zu umstrittenen Immobilienriesen](#) abgeordnetenwatch.de, vom 19.01.2015, abgerufen am 03.10.2021
161. ↑ [Anschlussverwendung für Dirk Niebel](#) sueddeutsche.de, vom 02.07.2014, abgerufen am 03.10.2021
162. ↑ [Dirk Niebel übernimmt ab 2015 internationale Aufgaben bei Rheinmetall](#) rheinmetall.com, vom 01.07.2014, abgerufen am 03.10.2021
163. ↑ [Empörung über Pofallas möglichen Wechsel zur Bahn](#) spiegel.de, vom 03.01.2014, abgerufen am 03.10.2021
164. ↑ [Ronald Pofalla: Der Mann, den sie Ronny nannten](#) zeit.de, vom 11.12.2014, abgerufen am 03.10.2021
165. ↑ [Vorstand Infrastruktur](#) deutschebahn.com, abgerufen am 03.10.2021
166. ↑ [Ronald Pofalla erweitert Geschäftsführung der Gröner Group](#) 20. April 2022, abgerufen am 04.06.2022
167. ↑ [Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Ursula Heinen-Esser](#) land.nrw, abgerufen am 03.10.2021
168. ↑ [ebd.]
169. ↑ [ebd.]
170. ↑ [Stéphane Beemelmans: Geschäftsführer](#) pd-g.de, abgerufen am 03.10.2021
171. ↑ [Beemelmans wird neuer Vorstand der ÖPP Deutschland](#) politik-kommunikation.de, vom 19.09.2016, abgerufen am 03.10.2021
172. ↑ [Beemelmans wird neuer Geschäftsführer der Eutop Berlin](#) politik-kommunikation.de, vom 25.11.2014, abgerufen am 03.10.2021

173. ↑ [Pikanter Seitenwechsel: Vertrauter von Innenminister de Maizière wird Geschäftsführer einer Lobbyagentur](#) [abgeordnetenwatch.de](#), vom 25.11.2014, abgerufen am 03.10.2021
174. ↑ [Studie: Lobbyisten beschäftigen viele frühere FDP-Europaabgeordnete](#) [abgeordnetenwatch.de](#), vom 31.01.2017, abgerufen am 03.10.2021
175. ↑ [Silvana Koch-Mehrin](#) [koch-mehrin.de](#), abgerufen am 03.10.2021
176. ↑ [Daniel Bahr rückt in den Vorstand auf](#) [allianzdeutschland.de](#), vom 15.12.2016, abgerufen am 03.10.2021
177. ↑ [Veränderungen in der Geschäftsleitung: Allianz Deutschland AG](#) [allianz.com](#), vom 29.09.2014, abgerufen am 03.10.2021
178. ↑ [Daniel Bahr rückt in den Vorstand auf](#) [allianzdeutschland.de](#), vom 15.12.2016, abgerufen am 03.10.2021
179. ↑ [Dr. Birgit Grundmann: Rechtsanwältin](#) [steinmeyer-law.de](#), abgerufen am 03.10.2021
180. ↑ [Allianz - Grundmann besetzt neu geschaffenen Vorstandsposten](#) [versicherungsbote.de](#), vom 05.08.2014, abgerufen am 03.10.2021
181. ↑ [Die Bundesregierung: Katrin Suder](#) [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.10.2021
182. ↑ [VW verstolpert Vorstandsbesetzung: Aufsichtsrat entscheidet sich gegen Suder als IT-Chefin](#) [handelsblatt.com](#), vom 05.05.2021, abgerufen am 03.10.2021
183. ↑ [Die Bundesregierung: Katrin Suder](#) [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.10.2021
184. ↑ [ebd.]
185. ↑ [Meinhardt ist Geschäftsführer des TMV](#) [politik-kommunikation.de](#), vom 31.03.2021, abgerufen am 03.10.2021
186. ↑ [Pressemitteilung: Patrick Meinhardt verstärkt BVMW-Bundesgeschäftsleitung](#) [verbaende.com](#), vom 14.08.2014, abgerufen am 03.10.2021
187. ↑ [Kaib, Fischer und Mücke führen BVTE](#) [politik-kommunikation.de](#), vom 09.09.2019, abgerufen am 03.10.2021
188. ↑ [Über den BVTE](#) [bvte.de](#), abgerufen am 03.10.2021
189. ↑ [Jan Mücke ist neuer Geschäftsführer des DVZ](#) [presseportal.de](#), vom 02.09.2014, abgerufen am 03.10.2021
190. ↑ [Birgit Homburger übernimmt Leitung des DAI-Hauptstadtbüros](#) [faz.net](#), vom 15.02.2016, abgerufen am 03.10.2021
191. ↑ [Odgers Berndtson: Birgit Homburger](#) [odgersberndtson.com](#), abgerufen am 03.10.2021
192. ↑ [GDV stärkt Europageschäft - Thomas Ilka wird neuer Geschäftsführer Europa/Internationale Beziehungen](#) [verbaende.com](#), vom 11.04.2014, abgerufen am 03.10.2021
193. ↑ [Koschorrek vertritt HNO-Ärzte in Berlin](#) [politik-kommunikation.de](#), vom 13.05.2014, abgerufen am 03.10.2021
194. ↑ [Dr. Rolf Koschorrek verstorben](#) [apotheke-adhoc.de](#), vom 14.02.2020, abgerufen am 03.10.2021
195. ↑ [Brüning leitet Kommunikation bei der WVM](#) [politik-kommunikation.de](#), vom 13.05.2014, abgerufen am 03.10.2021
196. ↑ [Neuer Leiter des Berliner Büros des Deutschen Lotto- und Totoblocks \(DLTB\): Martin Stadelmaier](#) [netzwerke-ebd.de](#), abgerufen am 03.10.2021
197. ↑ [Ex-Energieminister wirbt jetzt für Wind und Sonne](#) [nordkurier.de](#), vom 19.08.2014, abgerufen am 03.10.2021
198. ↑ [Pressemitteilung: Sabine Heimbach verlässt das Deutsche Aktieninstitut](#) [dai.de](#), vom 13.01.2016, abgerufen 03.10.2021
199. ↑ [Otto Fricke arbeitet künftig als Lobbyist](#) [rp-online.de](#), vom 11.02.2014, abgerufen am 03.10.2021
200. ↑ [Der rätselhafte Job des Herrn Rösler](#) [sueddeutsche.de](#), vom 08.11.2017, abgerufen am 10.11.2021

201. ↑ [Rösler wechselt vom Weltwirtschaftsforum zu HNA](#) politik-kommunikation.de, vom 10.11.2017, abgerufen am 10.11.2021
202. ↑ [Hempelmann berät Trimet und STEAG](#) politik-kommunikation.de, vom 25.02.2014, abgerufen am 10.11.2021
203. ↑ [Profil](#), bankenverband.de, abgerufen am 23.11.2021
204. ↑ [Hans-Josef Fell: Über mich](#) hans-josef-fell.de, abgerufen am 03.10.2021
205. ↑ [Baden-Württemberg Ministerpräsidenten](#) Baden-Wuerttemberg.de, abgerufen am 12.07.2021

|}

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



**BDI - Bundesverband der Deutschen
Industrie e.V.**



Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

Rechtsf eingetragener Verein
orm

Tätigkei Interessenvertretung der deutschen
tsbereic Gesamtindustrie
h

Gründu 19. Oktober 1949
ngsdat
um

Hauptsit Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin
tz

Lobbyb
üro

Lobbyb BDI/BDA The German Business

üro EU Representation, Rue du Commerce 31,
1000 Brüssel

Webadr bdi.eu
esse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	65
1.1 Allgemeines	65
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie	66
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften	66
1.4 Public Private Partnership (PPP)	67

2 Fallstudien und Kritik	67
2.1 2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	67
2.2 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	68
2.3 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	68
2.4 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	70
2.5 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	70
2.6 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	70
2.7 2011: BDI erhält Steuergelder	71
2.8 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	71
2.9 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	71
2.10 Lobbyisten in Ministerien	71
2.11 Bundesbeamte beim BDI	73
2.12 Seitenwechsel	73
3 Organisationsstruktur und Personal	73
3.1 Das Präsidium	73
3.2 Der Vorstand	73
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	73
3.4 Mitgliedsverbände	74
3.5 Landesvertretungen	74
4 Geschichte	74
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	75
6 Einzelnachweise	75

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der Vielschichtigkeit der in ihm organisierten Branchen äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in: ^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher Einrichtungen, wie z.B. das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmengespräche (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 11.08.2026). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtsindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungspflicht ins Lobbyregister aus.^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden [Organisationen](#):

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern](#) (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Pro Mobilität](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft

- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership](#) (PPP)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[9]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[10]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[11][12][13]} Der BDI sprach sich von Anfang an größtenteils gegen das REKG aus.

Der BDI wollte das REKG von Anfang an verhindern. In einem Fachgespräch mit dem BMWK und Vertretern der Rüstungsindustrie im April 2022 verkündete BDI-Lobbyistin Kerstin Petretto, vor dem Hintergrund der Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik sollte „zumindest die Aussetzung des Gesetzesvorhabens in Erwägung gezogen werden“. ^[14]

Im November 2022 bezog der BDI gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums. ^[15] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDI, BDLI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

In den Konsultationen zum REKG wiederholte Vertreter Matthias Wachter die BDI-Forderungen nach Entschädigungsansprüchen und befürwortete eine beschleunigte Bearbeitung von Genehmigungsanträgen. ^[16]

Neben dem BDI lobbyierten unter anderem folgende Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen. ^[17]

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht ^[18], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert. ^[19] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“ ^[20]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“. ^[21]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“ ^[22]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt. ^[23]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen. ^[24]

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“. ^[25] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“. ^[25]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt. ^[26] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021). ^[27] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet. ^[28] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken. ^[29]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „dringend überarbeitungswürdig“. ^[30] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein. ^[31]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen. ^[26]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[32] Noch im Juli 2020 hatte der [Seitenwechsler](#) und BDI-Geschäftsführer [Joachim Lang](#) das deutsche Gesetz als „nationalen Sonderweg“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[28]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „no action necessary“.^[28] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes [BusinessEurope](#) bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie [BusinessEurope](#) gezielt Lobbyarbeit beim [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#) (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Kommissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[33]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory: In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.^[34]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[35]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu [TTIP](#) zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[36], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut "Kölner Stadt-Anzeiger" (Samstagsausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im **Bundeswirtschaftsministerium**, **Stefan Kapferer**, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[37]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[38] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[39]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- **Überblick A-Z**
- **Problembeschreibung**

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[40]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[41]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.

Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[42]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[43]
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011 ^[44]
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013 ^{[45][46]}
Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 – 31.03.2008 ^[47]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[48][46]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[49] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten ^[48]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[50]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-
Bearbeitete Themen	

Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[51], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[52]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI. ^[53]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das [Präsidium](#) besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), der Präsident des [Deutschen Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK), der Direktor des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der [Vorstand](#) besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion Name

Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner (CDU) Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg

Stellv. Hauptgeschäftsführer Holger Löschner

Quelle: ^[54] (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 38 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen. ^[55]

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle: ^[56]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände « gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der »Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«. ^[57] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) zu vereinigen, die aber

trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[58] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstehe.^[59]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- [↑] [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
- [↑] [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
- [↑] Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
- [↑] Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
- [↑] [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
- [↑] [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
- [↑] [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
- [↑] [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
- [↑] [Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 10.04.2026
- [↑] ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
- [↑] [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
- [↑] [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
- [↑] [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
- [↑] [Fachgespräch am 06.04.2022](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- [↑] [Stellungnahme von BDI, BDSV, BDLI](#), bdi.eu, abgerufen am 10.04.2026
- [↑] [Konsultation zum REKG am 29.11.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
- [↑] [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
- [↑] [Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
- [↑] [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
- [↑] [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
- [↑] [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftsflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
- [↑] [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024

23. ↑ Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren
24. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
25. ↑ ^{25,025,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
26. ↑ ^{26,026,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
27. ↑ [Drucksache 19/28193](#) S. 52, dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ ^{28,028,128,2} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
30. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
31. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
32. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
33. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
34. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
35. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
36. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
37. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
38. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
39. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
40. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
41. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
42. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
44. ↑ [Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010](#)

45. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
46. ↑ ^{46,046,1} [Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
47. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
48. ↑ ^{48,048,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
49. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
50. ↑ [\[1\]](#) BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen. Letzter Zugriff: 25.04.2012
51. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
52. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
53. ↑ [Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
54. ↑ [Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
55. ↑ [\[2\]](#), bdi.eu, abgerufen am 12.08.2026
56. ↑ [\[3\]](#) abgerufen am 12.08.2026
57. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
58. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
59. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

Ausschuss für Regulierungskontrolle

Das Regulatory Scrunity Board (RSB, dt.: Ausschuss für Regulierungskontrolle) ist ein semi-eigenständiges Beratungsgremium innerhalb der Europäischen Kommission, dem eine wichtige Rolle bei der Überprüfung von Gesetzesinitiativen zukommt.

Das RSB hat dabei zwei zentrale Funktionen: Erstens soll es die Folgeabschätzungen, die Teil der Gesetzesinitiativen sind, auf ihre Qualität prüfen. Zweitens bestehende Gesetze auf ihre „Zweckdienlichkeit“ prüfen. So ist das RSB Teil aller Gesetzesschritte, von der Formulierung bis zur Bewertung. Zu Gesetzesvorhaben mit weitreichenden Auswirkungen formuliert die EU-Kommission Folgeabschätzungen. Das RSB bewertet diese positiv, positiv mit Vorbehalt oder negativ, bevor die Initiative von der EU-Kommission weiter verfolgt werden kann. ^[1]

Das RSB steht aufgrund der Priorisierung von ökonomischen Auswirkungen in seiner Bewertung, fehlender Transparenz und mangelnder Rechenschaftspflicht gegenüber Abgeordneten und Bürger:innen in der Kritik.

Besonders deutlich wurde die Macht des Gremiums beim Kommissionsvorschlag zu einem Europäischen Lieferkettengesetz (CSDD). Dort hatte das RSB zwei Negativgutachten (= de facto-Veto) zu den Folgeabschätzungen vorgelegt und somit den Gesetzgebungsprozess deutlich verzögert. ^[2]

Inhaltsverzeichnis

1 Grundlagen der Arbeit des RSB	78
1.1 Die Better Regulation Agenda	78
1.2 Die Toolbox des RSB	79
2 Aufbau des RSB	79
2.1 Arbeitsweise	79
2.2 Personal	79
3 Aufgaben des RSB	80
3.1 Folgenabschätzungen	80
3.2 Evaluierungen	80
4 Fallbeispiele	81
4.1 2021: Europäisches Lieferkettengesetz	81
4.2 2020: Kreislaufwirtschaft und das Right to Repair	82
4.3 Initiativen zu mehr Geschlechtergerechtigkeit	82
5 Kritik am RSB	83
5.1 Vetomacht für ein ungewähltes Gremium	83
5.2 Intransparenz	83
5.3 Fragwürdige Bewertungskriterien	83
5.4 Problematische Grundlage: Better Regulation Agenda	84
6 Geschichte	84
7 Weiterführende Informationen	85
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	85
9 Einzelnachweise	85

Grundlagen der Arbeit des RSB

Die Better Regulation Agenda

Als Grundlage der Arbeit des RSB gilt die europäische Better Regulation Agenda (dt.: Agenda zur besseren Rechtsetzung). Diese Agenda wurde 2015 nach Kritik an der Arbeitsweise der EU-Kommission entwickelt.^[1]

Sie hat zum Ziel, die Gesetzgebung der EU zu legitimieren, Kosten zu verringern und Gesetze und deren Durchsetzung zu vereinfachen. Zusätzlich sollte das demokratische Defizit der EU zum einen durch die größere Teilhabe der Gesellschaft, zum anderen durch die Einbeziehung externer Expert:innen verringert werden.^[3]

Kern der Arbeit des RSB sind die Kriterien der Better Regulation Agenda:

- evidenzbasierte Folgeabschätzung
- akkurate Kosten-/Nutzenanalyse
- und Indikatoren zur Messung der Proportionalität eines Gesetzesvorschlages

In den Bewertungen der vorgelegten Berichte analysiert das RSB diese auf Vollständigkeit und Qualität.

Die Toolbox des RSB

In seiner Arbeit greift das RSB auf eine Toolbox (dt.: Werkzeugkiste) zurück, ein 608-seitiges Dokument, das die Bewertungsgrundlagen beinhaltet. Das Dokument formuliert Auswirkungen auf Ökonomie, Soziales, Umwelt und Menschenrechte. Seit 2021 umfasst es auch die Sustainable Development Goals (dt. Nachhaltigkeitsziele) der UN, auf die sich die EU-Kommission unter der EU-Präsidentin Von der Leyen im Rahmen des Green New Deals verständigte.^[4]

Im gleichen Schritt verankerte die Kommissionspräsidentin Von der Leyen das Prinzip von ‚one in, one out‘ in der Toolbox. Dieses Prinzip sieht vor, dass äquivalente Regulierungen gestrichen werden, wenn ein neues Gesetz im gleichen Politikfeld verabschiedet wird. Ziel war es, die Menge an Gesetzen zu reduzieren und die europäische Gesetzgebung dadurch für Bürger:innen und Firmen zu vereinfachen. Die Überprüfung der one-in, one-out Vorschläge wurde dadurch wichtiger Aspekt der Bewertungen des RSB.^[4]

Aufbau des RSB

Arbeitsweise

Das RSB trifft sich 2-3 Mal im Monat zu Sitzungen. Es gilt das Prinzip der kollektiven Verantwortlichkeit, wobei eine einfache Mehrheit für eine Entscheidung reicht.^[5] Die Treffen des RSB finden im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Bis auf die abschließenden Bewertungen, hat das Gremium keine Offenlegungspflicht von besprochenen Inhalten. Die ausgearbeiteten Bewertungen müssen jedoch erst nach Verabschiedung des entsprechenden Vorschlags auf der Seite der EU-Kommission veröffentlicht werden. Auch EU-Abgeordnete haben davor keinen Zugriff auf die Dokumente.^[6]

Personal

Dem RSB gehören 9 Mitglieder an:

- ein Vorsitzender - Generaldirektor einer Kommissionsdienststelle
- vier hochrangige Kommissionsbeamten:innen
- vier externe Sachverständige

Alle Mitglieder sind in Vollzeit für das RSB tätig und nehmen keine andere politische Verantwortung wahr. Sie werden nicht gewählt, sondern von der EU-Kommission ernannt. Ihr dreijähriges Mandat kann unter außergewöhnlichen Umständen um höchstens ein Jahr verlängert werden. Immer wieder kommt es vor, dass nicht alle Gremiensitze belegt sind, auch weil die Zugangshürden relativ hoch und umfassend sind.^[7] Das RSB soll Expertise aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereichen vereinen, jedoch hat der Großteil seiner Mitglieder einen Bildungshintergrund in Wirtschafts- oder Verwaltungswissenschaften.

- Mitglieder (Stand: Mai 2023)^[8]
 - Vorsitz: Rytis Martikonis
 - James Morrison
 - Dorota Denning
 - Michael Gremminger
 - Philippe Mengal

- Elisabetta Siracusa

Aufgaben des RSB

Folgenabschätzungen

Gesetzesvorschläge der EU-Kommission umfassen einen Entwurf zur Folgeabschätzung der Gesetzesinitiative, welcher dem RSB vorgelegt wird. Das RSB verfasst eine Bewertung des Entwurfes auf Grundlage der Bewertungskriterien der Toolbox. Dies sind vor allem ökonomische, soziale, und Umweltkriterien. Die Bewertung des RSB muss begründet werden, außerdem formuliert es Empfehlungen zum Entwurf.

Die Stellungnahmen des RSB zu Folgenabschätzungen können „positiv“, „positiv mit Vorbehalt“ oder „negativ“ ausfallen.

Damit ein Gesetzesentwurf weiter verfolgt werden kann und der Kommission zur Annahme vorgelegt werden kann, muss das RSB ihn „positiv“ oder „positiv mit Vorbehalt“ bewerten. Fällt die Stellungnahme negativ aus, muss der Entwurf überarbeitet und dem RSB erneut vorgelegt werden.^[6]

Nach zwei negativen Stellungnahmen des RSB zu einem Entwurf kommt der Kommissions-Vize-Präsident ins Spiel. Nur der Vizepräsident für interinstitutionelle Beziehungen kann den zweimal negativ bewerteten Entwurf nun weiterleiten. Er legt ihn einer Runde der 28 EU-Kommissionsmitglieder (Kollegium der Kommissionsmitglieder) vor, die entscheiden ob sie den Gesetzesentwurf weiterverfolgen wollen.

In seltenen Fällen, bei kleinen Mängeln kann der Entwurf auch ein drittes Mal vorgelegt werden um dann vom RSB entschieden zu werden.^[9]

Alle Folgenabschätzungen und die zugehörigen Stellungnahmen des RSB werden [online veröffentlicht](#), sobald die Kommission den entsprechenden Vorschlag verabschiedet hat.

Evaluierungen

Auch Evaluierungen bestehender Gesetze werden dem RSB vorgelegt. Die Stellungnahmen des RSB zu Evaluierungen können „positiv“ oder „negativ“ ausfallen.

Eine negative Stellungnahme verhindert nicht den Abschluss von Evaluierungen und die Veröffentlichung der entsprechenden Berichte. Diese können dem RSB jedoch auf freiwilliger Basis für eine zweite Stellungnahme vorgelegt werden. Generell wird jedoch von der zuständigen Dienststelle erwartet, dass sie ihre Berichte überarbeitet und dabei die Empfehlungen des RSB berücksichtigt.^[6]

Das RSB prüft nicht alle Evaluierungen der Kommission. Jedes Jahr wird je nach Relevanz und politischen Prioritäten der Kommission eine Auswahl wichtiger Evaluierungen getroffen. Eignungsprüfungen werden dem RSB immer zur Stellungnahme vorgelegt.

Genau wie die Folgeabschätzungen werden Berichte über Evaluierungen sowie die zugehörigen Stellungnahmen des RSB ebenfalls [online veröffentlicht](#).^[9]

Fallbeispiele

2021: Europäisches Lieferkettengesetz

Im November 2021 legte die EU-Kommission dem Regulatory Scrunity Board (RSB) Ausarbeitungen des Gesetzesvorhaben zum sogenannten Lieferkettengesetz (Europäisches Vorhaben zur Schaffung verbindlicher unternehmerischer Sorgfaltspflichten in Lieferketten) vor. Dieses hatte zum Ziel, die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten entlang der Lieferkette zu fördern.

Das RSB hatte dem [Bericht 'Inside Job'](#) von Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge, eine Schlüsselrolle in der Verzögerung und Verwässerung des Vorhabens inne. Zweimal hatte das RSB die Folgenabschätzung des Lieferkettengesetzes durch die Kommission in Frage gestellt und somit ein Fortschreiten des Gesetzgebungsprozesses blockiert.

Die Kritik des RSB galt vor allem formalen Aspekten des Entwurfes. Dieser sei ungenau und unvollständig und die Verhältnismäßigkeit der Instrumente könne nur unzureichend begründet werden.^[10] Die abschließenden Berichte des RSB glichen jedoch den Interessen von Industrievertreter:innen, die das Gesetz massiv schwächen wollten. Mehrere NGOs warfen dem RSB daraufhin vor, dass es nicht neutral agiere sondern wirtschaftliche Auswirkungen in den Fokus seiner Bewertungen stelle.^[11]

Zusätzlich stellten die Europaabgeordneten Lara Wolters, Heidi Hautala, Manon Aubry und Pascal Durand fest: „Aus den offengelegten Dokumenten geht hervor, dass das RSB einer hartnäckigen und scheinbar koordinierten Lobbyarbeit ausgesetzt war, bei der fadenscheinige Behauptungen aufgestellt wurden, dass Elemente der Folgenabschätzung der Kommission gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstießen“. ^[12]

Der Bericht von CEO zeigt zudem auf, dass große Wirtschaftsverbände aktiv versucht hatten, Einfluss auf die Entscheidung des RSB zu nehmen. Beispielsweise geht aus der internen Kommunikation des [Dänischen Industrieverbands](#) hervor, dass dieser plante: "Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten" um das Gesetz zu verhindern. Damit wollten die Industrieverbände vor allem höhere Kosten vermeiden.^[11]

Laut dem Bericht von Corporate Europe Observatory traf sich darüber hinaus, im November 2020, die damalige RSB-Vorsitzende [Veronica Gaffey](#) mit dem französischen Unternehmenslobbyverband [AFEP](#). Der [AFEP](#) war zuvor mit der Bitte um ein Treffen zum Lieferketten-Dossier an [Gaffey](#) herangetreten. Der E-Mail-Verkehr im Vorhinein deutet jedoch darauf hin, dass [Gaffey](#) stattdessen eine „allgemeine Präsentation zur Arbeit des Ausschusses [RSB] bei den Gesetzgebungsverfahren der EU“ halten werde. Dies entsprach den Regeln des RSB, nach denen es keine Treffen zu spezifischen Gesetzesdossiers geben soll. Dennoch äußerte der [AFEP](#) später dem journalistischen Medium Mediapart gegenüber, dass mehrere Teilnehmende während des Meetings das Dossier zur Sprache gebracht hätten. Neben dem [AFEP](#) waren auch der [Dänische Industrieverband](#), Lobbyverbände wie [#SustainablePublicAffairs](#) und [BusinessEurope](#) bemüht, die Entscheidungen des RSB zu beeinflussen.^[13]

Nach Auffassung eines weiteren Reports der NGOs Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum bestätigte die spätere Reaktion von Wirtschaftsvertreter:innen diesen Verdacht. ^[14] So lobte die stellvertretende Direktorin des [Verbands der Dänischen Industrie](#), Kim Haggren, im Dezember 2021 die Entscheidung des RSB als Erfolg der eigenen Lobbyarbeit: „Es ist wirklich gut zu sehen, dass die harten Anstrengungen von uns und anderen, [das RSB] über die Regeln zu informieren und sie zu beeinflussen, jetzt offenbar Früchte tragen.“

Die Studie von Brigitte Pircher stellt jedoch auch fest, dass eine klare Kausalität nicht feststellbar sei: „Therefore [...] it would be hard to assess whether the lobbying contacts impacted the RSB or if their activities reflect the overall policy priorities of the Commission.“^[10]

2020: Kreislaufwirtschaft und das Right to Repair

Als Teil der Bemühungen zur europäischen Kreislaufwirtschaft, brachte die EU-Kommission 2020 einen Vorschlag zu weitreichenden Reparaturmöglichkeiten (Right to Repair, dt.: Anspruch auf Reparatur) vor allem von Elektrogeräten ein. Die Verhandlungen ziehen sich seit 2020, doch früh war ein Konflikt zwischen Verbraucherschutz bzw. Umweltverbänden sowie Industrieverbänden erkennbar. Den Entwurf der EU-Kommission bewertete das RSB negativ. Eine Begründung hierfür ist aufgrund des laufenden Verfahrens noch nicht veröffentlicht (Stand 5/2023). Dies kritisieren einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments und beklagten Intransparenz. Ohne Zugang zu dem Dokument und Begründung des negativen Beschlusses sei die parlamentarische Arbeit zu dem Vorschlag erschwert.^[15] Die NGO Right to Repair Europe kritisierte zudem, dass die Verzögerung im Gesetzesprozess wichtige Umweltregulierungen zusätzlich verlangsamen würde.^[16]

Initiativen zu mehr Geschlechtergerechtigkeit

2020 brachte die Kommission einen Entwurf ein, der eine gerechtere Bezahlung zwischen den Geschlechtern durch Lohntransparenz fördert. Dieser wurde zweimal negativ vom RSB bewertet. Das RSB kritisierte, dass der Bericht zu wenig Evidenz für Lohndiskriminierung aufzeigte und das ‚gender pay gap‘ als Beweisgrundlage nicht diene. Auch nach der dritten, in seltenen Fällen genehmigten Ausarbeitung des Folgeabschätzungsbericht, mahnte das RSB, dass zu wenig Augenmerk auf die Kosten/Nutzen-Analyse gelegt wurde und eine Prognose zur Lohnentwicklung bei Männern und der Profitabilität von Unternehmen fehle.^[17]

Auch den Entwurf zur Verhinderung geschlechterbasierter Gewalt wies das RSB 2021 zweimal zurück, weil der Folgenabschätzung Beweise fehle, die Kosten/Nutzen-Analyse nicht ausreiche und die bestehenden Umsetzungsbemühungen der Staaten nicht einbezogen werde^[17]

In beiden Vorschlägen galt Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Dimension, die durch die Gesetze gefördert werden sollte. In Folge der mehrfach negativen Bewertungen kam auch Kritik am Aufbau des RSB auf. Mehrere NGOs kritisierten die ungleiche Sitzverteilung des männerdominierten RSB und die fehlende Quotierung nach Geschlecht. Auch zeige sich in den Entwürfen wieder eine Unausgewogenheit, da das RSB erneut ökonomische Interessen vor langfristigen gesellschaftspolitischen Themen priorisiere.^[18]

Kritik am RSB

Vetomacht für ein ungewähltes Gremium

Zu jedem Gesetzesentwurf gibt die EU-Kommission eine Folgeabschätzung ab, die das RSB positiv, positiv mit Vorbehalt oder negativ bewerten kann. Bei negativer Bewertung muss der Entwurf nochmal überarbeitet werden. Nach zwei negativen Bewertungen des RSB kann nur ein spezifischer Vizepräsident der EU-Kommission den Entwurf an das Kollegium der Kommissionsmitglieder weitergeben, die über den Entwurf entscheiden. Dies verzögert den Prozess beachtlich.

LobbyControl, AK Wien und Brigitte Pircher sprechen hier von einem de facto Veto, das einem ungewählten Gremium zukommt und für Verzögerungen in der Gesetzgebung Sorge.^[19] Frank Ey vom AK Wien dazu: „Ein beratendes Gremium darf keine Vetomacht über den Gesetzgeber haben! Mit dem Vetorecht greift das RSB ein, noch bevor der Gesetzgebungsprozess mit dem Rat und EU-Parlament überhaupt anfängt. Das ist völlig undemokratisch.“ Das RSB könne als ein nicht gewähltes Gremium die Gesetzgebung weitreichend gestalten, so LobbyControl.^[18]

Etwa 40 % der Gesetzesvorhaben, mit denen sich der RSB zwischen 2016-2022 befasst hat, haben mindestens ein Negativgutachten erhalten (Stand 2022).^[19] Die Autorin der Studie von 2023, Brigitte Pircher, hinterfragt zudem die Notwendigkeit dieser Veto-Funktion. Auch weil die Gesetzesvorschläge oftmals mit entsprechender Verzögerung trotzdem umgesetzt werden.^[20]

Intransparenz

Die Entscheidungen des RSB werden im Geheimen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen. Bis auf die Berichte zu Folgeabschätzungen und Evaluierungen muss das RSB keine Dokumente veröffentlichen. Auch diese müssen erst nach Verabschiedung des entsprechenden Vorschlags auf der Internetseite der EU-Kommission veröffentlicht werden.^[21]

Auch in einem anderen Aspekt hinterfragt die Studie Brigitte Pilchers das RSB. Dem RSB sind vier externe Mitglieder und vier kommissionsinterne Mitglieder zugehörig. Zusätzlich stellt die Kommission auch den Vorsitz des RSB. So ist das RSB zum einen von der EU-Kommission abhängig als auch gefährdet zu sehr in Richtung von Kommissionsinhalten zu tendieren.

Zudem existieren keine Kontrollinstanzen, die die Mitglieder und ihr Handeln überprüfen und im Falle von Fehlverhalten zur Verantwortung ziehen können. Anders als gewählte Abgeordnete hat das RSB keine Rechenschaftspflicht für seine Entscheidungen, da es nicht die Wählerinteressen der EU-Länder vertritt.^[22]

Bei den bekannten 23 Treffen der Vorsitzenden des RSB handelt es sich in 90% um Treffen mit Vertreter:innen, die die Better Regulation Agenda unterstützen. Damit wird der RSB der Verpflichtung zur Neutralität nicht gerecht.^[13]

Fragwürdige Bewertungskriterien

Bevor 2021 die Nachhaltigkeitsaspekte in der Better Regulation Agenda festgehalten wurden, umfasste die Toolbox doppelt so viele ökonomische Auswirkungen wie soziale Auswirkungen. Hier zeigt sich eine Dominanz von wirtschaftlichen Kriterien in der Bewertung.

Auch grundsätzlich stehen Folgenabschätzungen in der Kritik, da es oftmals einfacher ist, die direkten wirtschaftlichen Folgen eines Gesetzes abzuschätzen, als langfristige für Umwelt und Gesellschaft.^[23] Daran anschließend berichtet Lia Polotzek, Leiterin Politische Planung beim **BUND**: „Wir beobachten schon lange, dass der Ausschuss für Regulierungskontrolle eine sehr starke Schlagseite dahin hat, neue Regulierungen unternehmensfreundlich auszugestalten“. ^[24]

Problematische Grundlage: Better Regulation Agenda

Zentral in der Kritik gegenüber der Better Regulation Agenda (dt.: Bessere Rechtsetzung) ist die Abwägung von Gesetzen als Chancen oder Belastungen. Laut dem Brüsseler Lobby-Watchdog Corporate Europe Observatory (CEO) steht die Better Regulation Agenda für: "clevere PR für ein generell wirtschaftsfreundliches Verfahren, das Regulierung in ‚Belastungen‘ umdeutet und danach strebt, einige dieser ‚Belastungen‘ zu beseitigen und sicherzustellen, dass neue Regeln so ausfallen, dass sie möglichst keine Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit haben, da sie sonst Unternehmensprofite schmälern könnten.“^[13]

Auch Brigitte Pircher, Autorin der 2023 veröffentlichten Studie schreibt, dass der eindimensionale Blick der Better Regulation Agenda auf Regulierungen als Hindernis und Kostenfaktor, für die Gesetzgebung hinderlich ist. Vielmehr müsse es um eine klügere Gesetzgebung gehen, die besseren Schutz biete, bessere Durchsetzungsstrukturen und besserer governance.^[25]

Die Studie zeigt auch auf, dass in der Better Regulation Agenda vor allem Maßnahmen verfestigt sind, die eine Deregulierung der europäischen Gesetzgebung bezwecken.

Hier ist das in der Better Regulation Agenda verankerte ‚one in one out‘-Prinzip zu nennen, nachdem ein bestehendes, äquivalentes Gesetz durch das neue Gesetz ersetzt wird. Ein Mehr an Regulierungen sei jedoch nach Brigitte Pircher zentral um die zunehmenden Krisen politisch zu meistern.^[26]

In Texten aus Unternehmenslobbykreisen werde die Better Regulation Agenda nach Auffassung von Corporate Europe Observatory (CEO) immer wieder als "Grund und als Werkzeug" aufgeführt, um geplante Regulierungen abzuschwächen. ‚Stakeholder‘ und ‚Konsultationen‘ nehmen laut CEO in den Prozessen der Better Regulation Agenda eine große Rolle ein. Dies würde letztlich jedoch Wirtschaftsinteressen zugutekommen, da sie über die finanziellen und technischen Ressourcen verfügten, um solche Verfahren zu dominieren.^[13]

Geschichte

Die Entstehungsgeschichte des Regulatory Scrunity Boards (RSB) gründet in einer größeren Entwicklung der Liberalisierungspolitik der Europäischen Union und den dazugehörigen Deregulierungsbestrebungen.

In den 1980er und 1990er Jahren war vor allem die **Tabaklobby** ein prominenter Befürworter der Schaffung sogenannter Folgenabschätzungsberichte von Gesetzen. Dieser Befürwortung lag v.a. der Gedanke zugrunde, dass die finanziellen Kosten, die durch eine neue Regulierung für Unternehmen entstehen, einfacher zu messen sind, als die möglichen Effekte der Nicht-Regulierung für Mensch und Umwelt. 1990 wurde dieses Konzept der Kosten-Nutzen-Rechnung vom industriefinanzierten Think Tank **European Policy Centre (EPC)** weiter gefördert und fand so über den 1997 beschlossenen Vertrag von Amsterdam Einzug in die Europäische Rechtspraxis.^[13]

2011 wurde diese Praxis auf das Drängen des [European Round Table of Industrialists](#) einen Schritt weiter in Richtung Institutionalisierung geschoben. Eine 2007 bis 2014 tätige Arbeitsgruppe für ‚Bessere Regulierungen‘ bestand aus 15 Mitglieder, deren Großteil direkt aus der Industrie kam oder enge Verbindungen dorthin pflegte. Auch durch diese Bestrebungen wurde das Narrativ der Better Regulation Agenda in der EU Stück für Stück verstetigt.^[27]

Das RSB folgte auf das 2006 gegründete Impact Assessment Board (dt.: Gremium für Folgeabschätzungen), welches ausschließlich mit Kommissionszugehörigen besetzt war. Im RSB wurden die Aufgaben um die Überprüfung von Evaluierungen und Fitness checks erweitert.^[9]

Weiterführende Informationen

- [Studie: The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#), Dr. Brigitte Pircher, 2023
- [Regulatory Scrutiny Board: Black Box der EU-Gesetzgebung](#), lobbycontrol.de

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ ^{1,01,1} [Regulatory Scrutiny Board](#) ec.europa.eu, abgerufen am 20.05.2023
- ↑ [Corporate sustainability due diligence](#) ec.europa.eu abgerufen am 20.05.2023
- ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.9
- ↑ ^{4,04,1} [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.17
- ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, S.20
- ↑ ^{6,06,16,2} [The Regulatory Scrutiny Board: How it works](#) commission.europa.eu abgerufen am 20.05.2023
- ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.30 u. S.32
- ↑ [Mitglieder des RSB](#) commission.europa.eu abgerufen am 22.05.2023
- ↑ ^{9,09,19,2} [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023
- ↑ ^{10,010,1} [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.36
- ↑ ^{11,011,1} [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.35
- ↑ [EPs Wolters, Hautala, Aubry and Durand: "The Regulatory Scrutiny Board still has questions to answer on Due Diligence delay"](#) responsiblebusinessconduct.eu vom 21.01.2022, abgerufen am 03.11.2022
- ↑ ^{13,013,113,213,313,4} [Inside Job](#) corporateeurope.org am 08.06.2023, zugegriffen am 06.06.2023
- ↑ [Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames Eu-Lieferkettengesetz](#) globalpolicy.org, S.4, zugegriffen am 06.06.2023
- ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.38
- ↑ [The EU Circular Economy package part II](#) repair.eu vom 01.12.2022, zugegriffen am 06.06.2023
- ↑ ^{17,017,1} [The EU's Commission Regulatory Scrutiny Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.23

18. ↑ ^{18,018,1} [Neue Studie: Regulatory Scrunity Board verwässert EU-Gesetzgebung](#) lobbycontrol.de vom 02.05.2023, zugegriffen am 18.05.2023
19. ↑ ^{19,019,1} [The EU's Commission Regulatory Scrunity Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.22
20. ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrunity Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.41 u. S.44
21. ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrunity Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.21
22. ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrunity Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.41
23. ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrunity Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.19f
24. ↑ [NGO-Report: Wie EU Lobbyisten ein Gesetz verwässern](#) abendblatt.de vom 08.06.2022, abgerufen am 01.11.2022
25. ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrunity Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.14
26. ↑ [The EU's Commission Regulatory Scrunity Board](#) Dr. Brigitte Pircher, 2023, S.18
27. ↑ ['Better Regulation': corporate-friendly deregulation in disguise](#) corporateeurope.org vom 18.02.2020, abgerufen am 03.11.2022

Lars P. Feld

Lars P. Feld (*9. August 1966 in Saarbrücken) ist Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Institut](#) sowie Mitglied diverser neoliberaler Netzwerke ([Stiftung Marktwirtschaft](#), [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), [ECONWATCH](#)). Er war von von 2011 bis 2021 Mitglied und seit März 2020 Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#). Als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#) und Kuratoriumsmitglied der Impuls-Stiftung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) ist er bestens mit Vertretern der Privatwirtschaft vernetzt. Von Februar 2022 bis zum Ende der Ampel-Koalition war Feld „Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung“ des damaligen Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP).^[1] Feld war Mitglied des „Program Committees“ der 75. Mitgliederversammlung der [Mont Pelerin Society](#) vom 4. - 8. Oktober 2022 in Oslo.^[2]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	87
2 Verbindungen / Netzwerke	87
3 Wirken	88
3.1 Neoliberale Positionen	88
3.2 Gegner der Grundrente	88
3.3 Kritik am Lieferkettengesetz	88
3.4 Infragestellung von Kohle- und Atomausstieg	89
4 Parteinahme zugunsten von Unternehmensinteressen	89
4.1 Absage an den Mindestlohn	89
4.2 Wirken im Kronberger Kreis und der Impulsstiftung des VDMA	89
5 Zitate	90
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	90
7 Einzelnachweise	90

Karriere

- 02/2022-11/2024 Persönlicher Beauftragter von Christian Lindner (FDP), damals Bundesministers der Finanzen
- seit 01/2020 Mitglied der Mindestlohnkommission
- 2013-2021 Beiratsmitglied im Stabilitätsrat zur Sicherung solider öffentlicher Haushalte
- seit 09/2010 Leiter des [Walter Eucken Institut](#) und Professor für Wirtschaftspolitik, Universität Freiburg
- seit 2007 Ständiger Gastprofessor am [Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung](#) (ZEW) Mannheim
- 2011-2021 (auf Vorschlag des damaligen Bundeswirtschaftsministers Rainer Brüderle/FDP) Mitglied und von 2020-2021 Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#)
- 2006-2010 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Uni Heidelberg
- seit 2003 Mitglied im [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), seit 2011 Stellv. Vorsitzender
- 2002-2006 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Uni Marburg
- 2002 Dr. oec. habil., Universität St. Gallen
- 1999-2002 Nachwuchsdozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen
- 1999 Dr. Oec., Universität St. Gallen
- 1993 Dipl.-Volkswirt

Quelle: ^[3]^[4]

Verbindungen / Netzwerke

- [Walter Eucken Institut](#), Leiter
- [Wirtschaftsrat der CDU](#), Vorsitzender des des Wissenschaftlichen Beirats^[5]
- [Agenda Austria](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
- Impulsstiftung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer, Mitglied des Kuratoriums^[6]
- "Kronberger Kreis" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Sprecher
- Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik, Mitglied des Beirats (Träger des Instituts ist die Stiftung Schweizer Wirtschaftspolitik, dessen Stiftungsrat mehrere Schweizer Milliardäre angehören)^[7]
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#), Mitglied des Beirats
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
- [ECONWATCH](#), Mitglied des Kuratoriums
- [NOUS](#), Co-Vorsitzender
- [Ratio Institute](#), Associate Researcher
- [Herbert Giersch Stiftung](#), Mitglied des Stiftungsbeirats
- [Stiftung Geld und Währung](#), Mitglied des Stiftungsrats
- Leopoldina Deutsche Akademie der Naturforscher, Mitglied
- 2007-2009 [European Public Choice Society](#), Präsident
- Mehr Demokratie e.V., Mitglied des Kuratoriums^[8]
- (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied

Wirken

Öffentlich äußert sich Feld vor allem in seinen Funktionen als Leiter des [Walter Eucken Instituts](#) und als Vorsitzender des Sachverständigenrats (bis 2021) regelmäßig zu gesellschaftspolitischen Themen. Er fordert u.a. die Senkung von Unternehmenssteuern, kritisiert die Anhebung des Mindestlohns und bemängelt die Konzeption der Grundrente.

Im Februar 2021 schied Feld aus dem [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) aus. Die SPD stellte sich gegen eine dritte Amtszeit Felds, was beim Koalitionspartner CDU auf Kritik stieß.^[9]

Neoliberale Positionen

Gegenüber der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) forderte Feld, dass die deutsche Wirtschaft in der Coronakrise durch eine Senkung von Unternehmenssteuern entlastet werden müsse.^[10] Eine in diesem Zusammenhang von der SPD diskutierte Vermögensabgabe nannte er „Irrsinn“.^[11]

Als beratendes Mitglied der Mindestlohn-Kommission riet Feld von der turnusmäßigen Erhöhung des Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2021 ab. Im Interview mit der WirtschaftsWoche sagte er: *„Gerade Branchen mit eher geringen Lohnniveaus sind von der Krise besonders erfasst worden. Meines Erachtens kann deshalb in dieser tiefen Rezession der Mindestlohn nicht weiter erhöht werden“*.^[12] Als Reaktion veröffentlichte die Tageszeitung neues deutschland einen an Feld gerichteten Brief, in dem sie auf die ohnehin prekäre Situation von vielen Arbeitnehmer*innen hinwies, die sich in der Krise weiter verschärft habe.^[13]

Gegner der Grundrente

In einem für die INSM erstellten Gutachten kritisiert Feld die Einführung der Grundrente.^[14] Diese agiere lediglich nach dem Gießkannenprinzip und löse damit nicht das Problem der Altersarmut. In der Studie plädiert Feld stattdessen dafür, das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre anzuheben und die Förderberechtigung der Riesterrente auf Selbständige auszuweiten. Der Funke-Mediengruppe sagte er, dass die Bundesregierung vor dem Hintergrund der in der Coronakrise aufgestellten Hilfsprogrammen Sozialleistungen kürzen müsse. Dazu gehöre es insbesondere, die beschlossene Grundrente zurückzunehmen.^[15]

Die Grundrente erhalten ab dem 1. Januar 2021 rund 1,3 Millionen Menschen, die mindestens 33 Jahre gearbeitet, aber unterdurchschnittlich verdient haben. Anders als Feld, befürwortet der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher die Idee der Grundrente. Er schreibt: *„Die Grundrente verringert nicht die Leistungsgerechtigkeit, sondern verbessert sie [...]. [Sie erspart] vielen Menschen den erniedrigenden Gang zum Amt, den der Antrag auf Grundsicherung mit sich bringt. Damit wird auch den Menschen geholfen, die sich bisher in einer sogenannten verschämten Altersarmut befinden, weil sie eben nicht auf staatliche Almosen oder Hilfe der Familien angewiesen sein wollen.“*^[16]

Kritik am Lieferkettengesetz

Feld ist einer der prominentesten Kritiker des Lieferkettengesetzes: „Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft (...) gelegt“^[17], so seine These.

Das geplante Lieferkettengesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte. Wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen, könnten die Betroffenen auf Grundlage eines Lieferkettengesetzes vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einfordern.^[18]

Wie massiv Wirtschaftsverbände versuchen, durch Lobbyarbeit das Lieferkettengesetz zu verhindern, belegen die Recherchen verschiedener Sozialverbände.^[19] Zugleich befürworten unlängst dutzende deutsche Unternehmen ein Lieferkettengesetz, darunter große Firmen wie Tchibo, Ritter Sport oder Kik.^[20]

Feld versteht sich als moderner Vertreter der „Freiburger Schule“; einer frühen Konzeption des Neoliberalismus, die auch als Ordoliberalismus bezeichnet wird.^[21]

Infragestellung von Kohle- und Atomausstieg

Im Rahmen des Ukraine-Krieges äußerte sich Feld kritisch gegenüber dem Kohle- und Atomausstieg.^[22] Um die Energieversorgung aufrecht zu erhalten, müssten auch Kohle- und Atomausstieg wieder "auf den Tisch".

Parteinahme zugunsten von Unternehmensinteressen

Absage an den Mindestlohn

Als Kuratoriumsmitglied der Impulsstiftung des Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) vertritt Feld arbeitgebernahe Positionen. In dieser Funktion behauptete er nach der Einführung des Mindestlohns, dass dieser zu mehr Schwarzarbeit und einer höheren Arbeitslosigkeit führen werde.^[23] In diesem Zusammenhang sagte Feld, er wünsche sich, dass die deutsche Wirtschaftspolitik „endlich die Rahmenbedingungen für private Investoren verbessert.“^[24]

Statistische Analysen der Bundesagentur für Arbeit widersprechen Felds düsteren Voraussagen. Sie belegen viel mehr, dass die Einführung des Mindestlohns weder zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums noch zu einer höheren Arbeitslosigkeit geführt hat.^[25]

Wirken im Kronberger Kreis und der Impulsstiftung des VDMA

Im Jahr 2014 gab die Impulsstiftung des VDMA dem [Walter Eucken Institut](#), dessen Leiter Feld ist, ein Forschungsvorhaben zur Rolle des Staates unter den Mitgliedern des VDMA in Auftrag. Die Studie erschien unter dem Namen „Markt versus Staat“ und wurde von Feld mit herausgegeben. Die Studie kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass der Staat sich „auf seine Kernaufgaben konzentrieren und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen setzen“^[26] solle. Feld selbst betonte: „Eine größere Zurückhaltung des Staates ist aus ökonomischer Sicht wünschenswert.“^[27]

Feld ist Sprecher des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der [Stiftung Marktwirtschaft](#). Der Kronberger Kreis veröffentlicht regelmäßig Artikel zu finanzpolitischen Fragen, in denen er sich für die Umsetzung unternehmensfreundlicher Ideen einsetzt. In der Studie „Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck“ von 2018 fordert der Kronberger Kreis die deutsche Politik dazu auf, die Körperschaftssteuer von 15 Prozent auf zehn Prozent zu senken und die diskutierte Digitalsteuer für große Digitalunternehmen nicht einzuführen.^[28]

Zitate

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt."^[29] (finanznachrichten.de)

„Ich schaue mit großem Entsetzen auf das Lieferkettengesetz. (...) Wie sollten die Unternehmen sicherstellen, dass die Menschenrechte in den Wertschöpfungsketten in den einzelnen Staaten wirklich eingehalten werden?“^[30] (Münchener Abendzeitung)

„Wir haben das in meiner Zeit im Sachverständigenrat mehrmals vorgerechnet. Man würde höchstens bei einem Renteneintrittsalter von 70 Jahren enden. Dies sei nötig, damit das Rentensystem "nach 2029 finanziell stabil bleibt".^[31] (DIE ZEIT)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Christian Lindner bestellt Lars Feld zum Persönlichen Beauftragten des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung](#), bundesfinanzministerium.de vom 14.02.2022, abgerufen am 23.02.2022
2. ↑ [About](#), mpsoslo.org, abgerufen am 20.04.2022
3. ↑ [Das ZEW Mitarbeiter Prof. Dr. Lars Feld](#), Website des ZEW, abgerufen am 07.02.2025
4. ↑ [Profil](#), eucken.de, abgerufen am 22.05.2020
5. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 07.03.2025
6. ↑ [Kuratorium](#), impuls-stiftung, abgerufen am 07.03.2025
7. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 08.05.2022
8. ↑ [Kuratorium Mehr Demokratie](#), mehr-demokratie.de, abgerufen am 22.05.2020
9. ↑ [Lars Feld muss Sachverständigenrat verlassen](#) www.faz.net, abgerufen am 19.03.2021
10. ↑ [\[1\]](#), Prof. Dr. Lars Feld zum Konjunkturpaket, INSM via youtube.com, vgl. ab 00:45 Min., abgerufen am 22.09.20
11. ↑ [\[2\]](#), Wirtschaftsweisen-Chef Feld warnt Bundesregierung vor Übertreibungen im Kampf gegen Corona, handelsblatt.de vom 22.04.20, abgerufen am 22.09.20.

12. ↑ [\[3\]](#), Chef der Wirtschaftsweisen empfiehlt Nullrunde beim Mindestlohn, wiwo.de, vom 19.05.20, abgerufen am 22.09.20.
13. ↑ [\[4\]](#), Sehr geehrter Lars Feld, neues-deutschland.de vom 23.05.20, abgerufen am 22.09.20.
14. ↑ [\[5\]](#), Prof. Lars Feld kritisiert Grundrente hart, insm.de vom 30.06.20, abgerufen am 22.09.20.
15. ↑ [\[6\]](#), Wirtschaftsweiser stellt Grundrente infrage, presse-augsburg.de vom 05.06.20, abgerufen am 22.09.20.
16. ↑ [\[7\]](#), Grundrente und Leistungsgerechtigkeit sind kein Widerspruch, zeit.de, abgerufen am 28.09.20.
17. ↑ [\[8\]](#), Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft, handelsblatt.de vom 26.08.20, abgerufen am 22.09.20.
18. ↑ [\[9\]](#), Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
19. ↑ [\[10\]](#), Sorgfältig verwässert. Wie die Wirtschaftsverbände versuchen, ein Lieferkettengesetz zu verhindern, globalpolicy.org, abgerufen am 28.09.20.
20. ↑ [\[11\]](#), Für die Wirtschaft derart schädlich, zeit.de, abgerufen am 28.09.20.
21. ↑ [\[12\]](#), Ordoliberalismus, bpb.de, abgerufen am 22.09.20.
22. ↑ [Kohle- oder Atomenergie statt russischem Gas?](#) tagesschau.de, abgerufen am 03.03.2022
23. ↑ [\[13\]](#), VDMA-Studie „Markt versus Staat“, maschinewerkzeug.de vom 21.11.14, vgl. ab 01:30 Min., abgerufen am 23.09.20.
24. ↑ [\[14\]](#), VDMA-Studie „Markt versus Staat“, maschinewerkzeug.de vom 21.11.14, vgl. ab 04:00 Min., abgerufen am 23.09.20.
25. ↑ [\[15\]](#), Der Mindestlohn ist kein Jobkiller, iab-forum.de, abgerufen am 28.09.20.
26. ↑ [\[16\]](#), IMPULS. Markt versus Staat, eucken.de vom Juli 2014, abgerufen am 23.09.20, S. 3.
27. ↑ [\[17\]](#), Staatliche Markteingriffe bei Maschinenbauern unerwünscht, maschinenmarkt.vogel.de vom 03.09.2014, abgerufen am 23.09.20.
28. ↑ [\[18\]](#), Kronberger-Kreisstudien, Nr. 65., Unternehmensbesteuerung unter Wettbewerbsdruck, econstor.eu, abgerufen am 23.09.20.
29. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.20, abgerufen am 24.09.20.
30. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.20, abgerufen am 24.09.20.
31. ↑ [DIE ZEIT: Lindners neuer Berater Lars Feld fordert höheres Rentenalter](#), nachrichten-heute.net, abgerufen am 03.03.2022

Walter Eucken Institut

Das **Walter Eucken Institut** ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut mit einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung, das bis 2015 eng mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) verbunden war. Alle Mitglieder des Vorstands sind auch Mitglieder der [Mont Pelerin Society](#), des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerks. Die Mitglieder des Instituts waren bis in die 90er Jahre in einer Vielzahl wissenschaftlicher Beratungsgremien der Bundes- und Landesregierungen sowie sonstiger regierungsnaher Institutionen vertreten. Die Bedeutung des Instituts in der Politikberatung hat in den letzten Jahren abgenommen.

Walter Eucken Institut

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	11. Januar 1954
Hauptsitz	Goethestr. 10, 79100 Freiburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	walter-eucken-institut.de

Beim Walter-Eucken-Institut ist das Netzwerk [NOUS](#) angesiedelt, in dem sich die 2015 ausgetretenen Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) organisiert haben. Der Leiter des Instituts, [Lars P. Feld](#), ist Co-Vorsitzender dieses Netzwerks, das bis mindestens April 2024 Partner des [Atlas Network](#) war.

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	92
2 Beurteilung der wirtschaftlichen Macht	92
3 Organisationsstruktur und Personal	93
3.1 Mitglieder	93
3.2 Mitglieder des Vorstands	93
3.3 Kuratorium	94
4 Forum Ordnungspolitik	95
5 Kooperation mit dem Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP)	95
6 Finanzen	95
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	96
8 Einzelnachweise	96

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Walter Eucken Institut wurde vier Jahre nach dem Tod von Walter Eucken von Freunden und Schülern mit Unterstützung des damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard am 11. Januar 1954 in der Rechtsform eines Vereins in Freiburg gegründet. Der radikal-neoliberale Ökonom [Friedrich August von Hayek](#) hat als erstes Vorstandsmitglied und danach Ehrenpräsident die Ausrichtung des Instituts maßgeblich geprägt. Hayek lehnt sowohl Korrekturen der Marktergebnisse unter sozialen Gesichtspunkten als auch die Bekämpfung wirtschaftlicher Macht durch staatliche Maßnahmen grundsätzlich ab. In der [Imagebroschüre 2019](#) findet sich unter „Die Gründungszeit des Walter Eucken Instituts“ ein Interview mit Hayek, in dem dieser sich zum Begriff „sozial“ wie folgt äußert: „Klar ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist, ...soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit“.

Das Walter Eucken Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung.^[1] Zweck der Einrichtung sei es, diese Untersuchungen auf die praktische Umsetzung der Wettbewerbsordnung auszurichten und ordnungspolitisches Denken in die öffentliche Diskussion einzubringen. Es sollen Lösungswege für aktuelle tagespolitische Fragen sowie zur nachhaltigen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt werden. Zu den Veranstaltungen gehören Lehrveranstaltungen, die Walter Eucken-Vorlesung und die [Friedrich August von Hayek-Vorlesung](#), Workshops und Symposien, Vorträge und Diskussionen sowie das Walter Eucken Research Seminar.

Beurteilung der wirtschaftlichen Macht

Eucken hat sich vehement für eine machtmindernde Wirtschaftspolitik ausgesprochen: "Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen".^[2] Nach seiner Auffassung wird wirtschaftliche Machtkonzentration in politische Macht umgemünzt und der Staat wird "von der Wirtschaft gefesselt".^[3] Nur die vollständige Konkurrenz auf dem Markt könne Machtkonzentrationen verhindern und dadurch die Freiheit garantieren. Diese Idee hält die Eucken-Gesellschaft unter dem Einfluss von F.A. von Hayek für realitätsfern. Der Frankfurter Publizist und Eucken-Enkel Walter Oswalt meint, die Freiburger Schule habe sich nach Euckens Tod nicht

weiterentwickelt. Die zentrale Kritik Euckens an der ökonomischen Macht sei vielmehr bei denen, die sich mit Eucken befassten, ganz aus dem Blickfeld getreten.^[4] Oswalt aktualisiert die Vorstellungen von Eucken zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Macht in dem von ihm herausgegebenen Buch "Walter Eucken Ordnungspolitik" (Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Münster 1999). Eine kritische Würdigung Euckens in der Süddeutschen Zeitung vom 24. Juni 2016 durch [Peter Bofinger](#), ehem. Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), kann [hier](#) abgerufen werden.

Das Walter Eucken Institut lässt keine Distanz zur wirtschaftlichen Macht erkennen. Vielmehr entsprechen seine Argumentationsmuster weitgehend denen der großen Wirtschaftsverbände, mit denen es auch personell verflochten ist. Im Gegensatz zu Eucken, der zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht als zentralem Problem einer Gesellschaft sogar die Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen für geboten hält, sieht [Lars P. Feld](#), der Leiter des Walter Eucken Instituts, auf diesem Gebiet keinen Handlungsbedarf. Der deutsche Staat verteile so stark Einkommen um wie kaum ein anderes Land und die Behauptung, dass mächtige wirtschaftliche Interessengruppen einen größeren und für die Massen schädlicheren Einfluss hätten als linke Protestgruppen und Bürgerforen, sei schlicht falsch.^[5]

Organisationsstruktur und Personal

Die Leitung des Instituts ist seit 2001 mit dem damals geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik verknüpft.^[6] Das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Institut wird von einem Verein getragen, zu dessen Gremien das Kuratorium gehört. Wegen der Verbindung von Lehrstuhl und Institut kann das Kuratorium die Besetzung der Institutsleitung und die des Lehrstuhls beeinflussen.

Mitglieder

[Mitglieder](#) des Vereins sind Unternehmen aus der Region Freiburg und "Privatpersonen", die zum Teil Inhaber von Unternehmen sind.^[7] Zu den Mitgliedern gehören:

- Karl Friedrich von Hohenzollern, Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern, Mitglied des Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Familienunternehmen](#) ^{[8][9]}
- Nicola Leibinger-Kammüller, Vorsitzende des Vorstands der Trumpf GmbH & Co. KG, Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Familienunternehmen](#) ^[10]
- Olaf Prüßmann, Direktor für Wirtschaftspolitik und Finanzdienstleistungen beim Rat der Europäischen Union ^[11], Bewerber der FDP zur Europawahl 2009 auf der gemeinsamen Liste aller Länder ^[12]

Mitglieder des Vorstands

- [Lars P. Feld](#) (Direktor), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg
 - Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen: Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzender
 - [ECONWATCH](#): Kuratoriumsmitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Mitglied
 - „Kronberger Kreis“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#): Sprecher

- Von Schweizer Milliardären finanzierte Denkfabrik [Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik](#) (IWP): Mitglied des Beirats^{[13][14]}
- [Agenda Austria](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
- (2022-2024) Berater des damaligen Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP)
- (2011-2021) [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR): Mitglied
- (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Christoph Schaltegger](#) Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern
 - Von Schweizer Milliardären finanzierte Denkfabrik [Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik](#) (IWP): Direktor und Gründer^{[15][16]}
 - [Agenda Austria](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - Netzwerk [NOUS](#): Mitglied
 - [economiesuisse](#) (Dachverband der Schweizer Wirtschaft): ehemaliger Leiter des Bereichs Finanz- und Steuerpolitik sowie Mitglied der Geschäftsleitung

Kuratorium

- Gerhard Kempter (Vorsitzender), Geschäftsführer der Kempter Financial Management GmbH, Freiburg, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volksbank Freiburg, ehemaliges Vorstandsmitglied des Verbandes unabhängiger Vermögensberater (VuV)
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), ehemalige Leiterin des Hauptstadtbüros des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzende
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Stellv. Vorstandsvorsitzende
 - [Herbert-Giersch-Stiftung](#): Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#): Vertrauensdozentin
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): Vorsitzende des Vorstands
- Susanne Hübschmann, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- Wolfgang Kerber, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Marburg, ehem. Leiter des Walter Eucken Institut
- Kerstin Krieglstein, Rektorin der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Günter Knieps, ehem. Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften und Regionalpolitik an der Universität Freiburg
- Burkhard Knospe, Vorstandsvorsitzender der Testo AG
- Jan Schnellenbach, Prof. an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Mitglied
 - [ECONWATCH](#): Mitglied

Forum Ordnungspolitik

Das Forum beschreibt sich wie folgt: „Das Forum Ordnungspolitik e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die herausragende Bedeutung der Ordnungspolitik in die öffentliche Wahrnehmung zu befördern. Das geschieht u.a. durch Vorträge, Symposien sowie Veröffentlichungen von Beiträgen und Informationsbroschüren und die Unterstützung der wissenschaftlichen Grundlagenarbeit des Walter Eucken Instituts...Als lebendiges, weit verzweigtes Netzwerk, in dem sich Menschen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und engagierter Bürgerschaft zusammengeschlossen haben, setzen und suchen wir Impulse für innovatives Denken und zukunftsfähige Rahmenbedingungen, die eine freie, soziale und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft zum Wohl der Menschen ermöglichen. Das tun wir in enger Zusammenarbeit mit dem Walter Eucken Institut.“^[17]

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender ist Paul Becker, Geschäftsführer Becker GbR.

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Susanne Cassel, Referatsleiterin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Vorsitzende von [ECONWATCH](#)
- Stefan Kolev, Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau. 2015, Wissenschaftlicher Leiter des [Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft](#)
- Sarah Necker, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg und Direktorin des Ludwig Erhard ifo Zentrums für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik

Kooperation mit dem Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP)

Direktor und Gründer des [Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik](#) (IPW), das von Schweizer Milliardären unterstützt wird^{[18][19]}, ist Christoph Schaltegger, der neben [Lars P. Feld](#) Vorstandsmitglied des Walter Eucken Instituts ist. Feld sitzt seinerseits im Wissenschaftlichen Beirat des IPW. Beide gehören dem Wissenschaftlichen Beirat von [Agenda Austria](#) an. Sowohl das Walter Eucken Institut als auch das IPW sind Mitglied in einem [Akademischen Netzwerk](#) von 10 Organisationen. Geschäftsführer des IPW ist [René Scheu](#), Ex-Feuilleton-Leiter der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), der nach Meinung der Schweizer Wochenzeitung WOZ das Feuilleton der NZZ auf rechten Kulturkampf getrimmt hat.^[20] Förderstiftung des IWP ist die [Stiftung Schweizer Wirtschaftspolitik](#), deren Stiftungsrat-Präsident der langjährige Konzernchefs Alfred N. Schindler, Aufsichtsratsvorsitzender der Schindler Holding AG, ist.^[21] Nach Einschätzung der taz ist das IPW ein wichtiger Player in einer internationalen Szene liberal-libertärer Akteure, die vermeintlich übermäßige Staatsausgaben für die Wurzel allen Übels halten.^[22] Es produziere meinungsstarke akademische Papiere, Gastkommentare in diversen Medien und Verlagsbeilagen in der NZZ. Im September 2024 sei eine zwölfseitige NZZ-Beilage mit dem Titel „Sparen, Sparen, Sparen“ erschienen, in der Instituts-Direktor Schaltegger den FDP-Parteivorsitzenden und damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner interviewt habe.^[23] Mitpubliziert habe die Beilage das Walter Eucken Institut, dessen Direktor Feld die Schuldenbremse nicht streng genug ist.^[24]

Finanzen

Das Land Baden-Württemberg als finanzieller Träger des Instituts hat 2001 beschlossen, nicht nur den Institutsetat aufzustocken, sondern darüber hinaus eine C 3- Professur für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Ordnungspolitik einzurichten.^[25] Der Lehrstuhlinhaber leitet auch das Institut.

Die Einnahmen stammten 2023 zu 55 % aus Öffentlichen Zuwendungen durch das Land Baden-Württemberg (institutionelle Förderung), zu 2% aus Öffentlichen Zuwendungen durch das Land (Projektförderung), zu 7 % aus Spenden/Mitgliedsbeiträgen und zu 36 % aus Drittmitteln /Forschungsbeiträgen (Wichtige Drittmittelgeber sind Unternehmen/Verbände und Gemeinnützige Auftraggeber).^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), eucken.de, abgerufen am 25.02.2017
2. ↑ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Auflage, Tübingen 1990, S. 334.
3. ↑ Jakob Augstein: Das umstrittene Erbe Walter Euckens, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994, S. 34
4. ↑ Augstein, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994
5. ↑ [Lars P. Feld: Die Mär von der Postdemokratie](#), in: [Cicero](#), 26. Februar 2014, Webseite Cicero, abgerufen am 2. 5. 2014
6. ↑ [Uni Freiburg: Euckens Erben](#), Badische Zeitung vom 24. April 2009, Website der Badischen Zeitung, abgerufen am 27.02.2017
7. ↑ [Mitgliedschaft](#), euckeninstitut.de, abgerufen am 09.02.2025
8. ↑ [Bundesvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 09.02.2025
9. ↑ [Kuratorium](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 10.02.2025
10. ↑ [Kuratorium](#), amilienunternehmen.de, abgerufen am 10.02.2025
11. ↑ [Bericht aus Brüssel und Berlin](#), eucken.de vom 29.09.2023, abgerufen am 09.02.2025
12. ↑ [https://www.europawahl-bw.de/fileadmin/europawahl-bw/pdf/fdp_liste.pdf] europawahl-bw.de, abgerufen am 10.02.2025
13. ↑ [Kauft sich Milliardär Alfred Schindler ein Uni-Institut?](#), tagesanzeiger.de vom 10.05.2021, abgerufen am 07.02.2025
14. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 07.02.2025
15. ↑ [Kauft sich Milliardär Alfred Schindler ein Uni-Institut?](#), tagesanzeiger.de vom 10.05.2021, abgerufen am 07.02.2025
16. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 07.02.2025
17. ↑ [Über uns](#), forumordnungspolitik.de, abgerufen am 08.02.2025
18. ↑ [Schalteggers Ideologiemaschine](#), woz.de vom 29.08.2024, abgerufen am 08.02.2024
19. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 07.02.2025
20. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 07.02.2025
21. ↑ [Schindler Holding AG](#), marketscreener.com, abgerufen am 07.02.2025
22. ↑ [Lindner und die Schuldenbremse](#), taz.de vom 08.02.2025, abgerufen am 08.02.2025
23. ↑ [Lindner und die Schuldenbremse](#), taz.de vom 08.02.2025, abgerufen am 08.02.2025

24. ↑ [Die Schuldenbremse ist nicht streng genug](#), x.com/wolf vom 02.02.2025, abgerufen am 09.02.2025
25. ↑ [Jahresbericht 2001 des Instituts](#), S.3
26. ↑ [Finanzierung](#), eucken.de, abgerufen am 09.02.2025

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.wirtschaftsrat.de

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	98
2 Aktivitäten	98
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	99
4 Geschichte	100
5 Fallstudien und Kritik	100
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	100
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	101
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	102
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	103
6 Finanzen	103

7 Zitate	103
8 Organisationsstruktur und Personal	104
9 Mitglieder	111
10 Die Landesverbände	112
11 Netzwerke	113
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	113
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	113
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	113
13 Einzelnachweise	113

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteioorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden **Themen**: Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch,

mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#)^{[31][32]} als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...]“. ^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“ ^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen. ^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen. ^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#). ^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue. ^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF). ^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“. ^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen. ^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen. " ^[30]

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	• Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Thomas Saueressig	• SAP SE, Mitglied des Vorstands
Vizepräsidentin	Bettina Würth	• Würth-Gruppe, Mitglied des Stiftungsaufsichtsrats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	• Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	• ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	• Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	• Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	• Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender • Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Mitglied	Karsten Wildberger	• Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung der Bundesrepublik Deutschland (CDU)
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[54]	• ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Dr. Michael Strugl, Christian W.E. Haub, Bonita Grupp, Joachim Gemmel	

(Stand: April 2026) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 51 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Google Germany GmbH, Vice President EMEA North
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	ENGIE, Director for European Affairs
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: April 2026) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 20 Bundesfachkommissionen, 3 Europäische Fachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, CEO
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Tillmann von Schroeter	Vaillant Deutschland, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, CEO
Gesundheitswirtschaft	Joachim Gemmel	Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Tobias Jerschke	Kuehne & Nagel AG & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC , Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	Bizerba SE & Co. KG, Vorsitzender des Aufsichtsrates
Digitale Transformation	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christian Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Plattformökonomie	Albrecht von Sonntag	idealo internet GmbH, Beirat
Steuern	Ulrich Ackermann	KPMG AG, Vorstand Tax
Umwelt- und Klimapolitik	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter

(Stand: April 2026) ^[57]^[58]

Die Europäischen Fachkommissionen

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Finance	Norbert Winkeljohann	Bayer AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats
Digital Age	Lars Reger	NXP Semiconductors Germany GmbH, CTO
Energy	Michael Strugl	VERBUND AG, Vorstandsvorsitzender

(Stand: April 2026) ^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Energie für Mobilität	Gero Schulze	Bernard Krone Beteiligungs GmbH, Geschäftsführer
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Digitale Infrastruktur	Valentina Daiber	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Vorstand Recht und Corporate Affairs
Krankenhaus	Michael Dieckmann	AMEOS Gruppe, CDO
Medienwirtschaftspolitik	Markus Breitenacker	ProSiebenSat1 Media SE, COO
Pflege	Thomas Eisenreich	Home Instead GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Raumfahrt	Max Gulde	constellr GmbH, CEO
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Yannik Bury	MdB CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Mitglied des Haushaltsausschusses
Staatsmodernisierung	Marc Reinhardt	Capgemini Deutschland GmbH, Executive Vice President, Public Sector Global Industry Leader
Start-ups meet finance	Stefan Drüssler	UnternehmerTUM GmbH, COO

(Stand: April 2026) ^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Christian Lindner (FDP), in dessen Zeit als Bundesfinanzminister. Ein neues Mitglied ist Stefan Kooths, Vorstandsvorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die der AFD nahe steht, und Leugnern des menschengemachten Klimawandels sowie Gegnern der ökologischen Energiewende ein Forum bietet.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P.	• Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Feld (Leitung)	Mont Pelerin Society, Mitglied
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	"Munich Center for the Economics of Aging" (MEA), einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Leiter^[59] - Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats^[60] - Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Tanja Börzel	Freie Universität, Leiterin des Otto Suhr Institute for Political Science
Alexander Eisenkopf	- Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Inhaber des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik - Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie - Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[61] - rechtslibertären Blog „Achse des Guten“, Autor^[62]
Clemens Fuest	- ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident - Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre - Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" - Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats - Ernst & Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats^[63]
Wolfgang Greiner	- Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" - Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
	- Technische Universität Nürnberg, Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab - Hemholtz-Gemeinschaft, Senatorin für den Forschungsbereich "Energie"^[64] - Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Vorstands^[65] "The Pioneer", Herausgeberin^[66] - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Veronika Grimm	• Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV), Mitglied • Siemens Energy, Mitglied des Aufsichtsrats • H2 Potential, Mitglied des Projektbeirats, in dem auch Christian Tollmien von Siemens Energy sitzt • Nationaler Wasserstoffrat, Mitglied • E.ON Stiftungsbeirat, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Trägerin des mit 10 Tsd. Euro dotierten Arthur Burkhardt-Preises 2023^[67] • Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (diese hat keine Verbindung zur Hayek-Gesellschaft), Teilnehmerin an der Podiumsdiskussion „Ist die Energie- und Klimakrise nur mit Planwirtschaft zu lösen? Sind wir auf dem Weg in die Klimaknechtschaft?“^[68] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, designierte Preisträgerin der Hayek-Medaille^[69] • Beraterin von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Andreas Hackethal	• Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Holger Hanselka	Fraunhofer Gesellschaft, Präsident
Justus Haucap	• Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Verband Der Mittelstand BVMW, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Institut für Glücksspiel und Gesellschaft, gefördert vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAl), Mitglied des Direktoriums • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Johanna Hey	• Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands • Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied

Friedrich Heine mann	ZEW Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
Oliver Holtem öller	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW), Stellv. Präsident
Kai Konrad	Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Direktor
Stefan Kooths ^[70]	• Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft, Direktor • BSP Business and Law School Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre ^[71] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Vorsitzender des Vorstands • Javier Milei Institut: Mitgründer • Mises Institute, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied • Internationaler Wirtschaftssenat, Mitglied des Präsidiums • Liberales Institut Zürich, Mitglied im Akademischen Beirat • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie
Jan Pieter Krahn e ^[72]	• Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE, Gründungsdirektor em. • Goethe-Universität Frankfurt, Professor em. für Kreditwirtschaft und Finanzierung • Centre for Economic and Policy Research (CEPR), Research Fellow ^[73]
Jürgen Kühlin g	Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht
Stefan Kolev ^[74]	• Westsächsische Hochschule Zwickau, Professor für Wirtschaftspolitik • Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung, Wissenschaftlicher Leiter • Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forums Marktwirtschaft • Mont Pelerin Society, Mitglied • Walter Eucken Institut, Mitglied • Bulgarische Hayek Stiftung, Mitglied • Hayek Institute Romania, Mitglied im Akademischen Beirat • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche

Mitglieder	Akademische Position
Sarah Necker	Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft, Leiterin
Jörg Rochol	ESMT Berlin, Präsident
Jens Strücker	Universität Bayreuth, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digitales Energiemanagement
Volker Tolkmitt	Hochschule Mittweida, Rektor

(Stand: März 2026) ^[75]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[76] Bundesvorsitzender ist seit 2025 Ferdinand Herfeldt.^[77] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[78] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung](#) AG).^[79] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[80] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[81]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- VKU - Verband kommunaler Unternehmen
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- Verband Forschender Arzneimittelhersteller
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
- Huawei
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Graetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[82]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[83] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.
5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023

10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz der Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023
36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.

41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 01.04.2026
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 01.04.2026
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ ^{58,058,158,2} [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 07.04.2026
59. ↑ [Geschichte](#), mpisoc.de, abgerufen am 16.03.2026
60. ↑ [Jahresbericht 2023 Amundi Aktien Rohstoffe](#), abgerufen am 02.01.2024
61. ↑ [Curriculum Vitae](#), zeppeelin-university.com, abgerufen am 12.04.2026
62. ↑ [Autorenseite](#), achgut.com, abgerufen am 12.04.2026
63. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), ey.com, abgerufen am 18.03.2025
64. ↑ [Prof. Dr. Veronika Grimm](#), helmholtz.de, abgerufen am 20.03.2026
65. ↑ [Organe der Gesellschaft](#), dpag.org, abgerufen am 20.03.2026
66. ↑ [Ökonomin Veronika Grimm wird Herausgeberin bei „The Pioneer“](#), deutschlandfunk.de vom 27.01.2026, abgerufen am 20.3.2026
67. ↑ [Wirtschaftsweiser Veronika Grimm](#), deutsches-stiftungszentrum.de, abgerufen am 20.03.2026
68. ↑ [Symposium in Wien: 80 Jahre zur Knechtschaft](#), hayek-stiftung.de vom 24.04. 2024, abgerufen am 20.03.2026
69. ↑ [Hayek Tage 2026](#), hayek.de, abgerufen am 19.03.2026

70. ↑ [Curriculum Vitae](#), kooths.de, abgerufen am 17.03.2026
71. ↑ [Stefan Kooths](#), businessschool.de, abgerufen am 21.03.2026
72. ↑ [Jan Pieter Krahn](#) - [Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE](#), abgerufen am 01.04.2026
73. ↑ [Jan Pieter Krahn](#) - [CEPR](#), abgerufen am 01.04.2026
74. ↑ [Stefan Kolev](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 17.03.2026
75. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.03.2026
76. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
77. ↑ [Ergebnisse der Vorstandwahl des Jungen Wirtschaftsrats 2025](#) wirtschaftsrat.de vom 25.10.2025, abgerufen am 01.04.2026
78. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
79. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
80. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
81. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
82. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
83. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1] Für ihre im Auftrag von Gesamtmetall betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3]

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgschancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.^[4]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[5]

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.^[6] Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.^[7] Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[8] Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#), die in ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.^{[9][10]}

Inhaltsverzeichnis

1 Eigene Außendarstellung der INSM	118
2 Entstehungsgeschichte	118
3 Ziele	119
4 Organisationsstruktur und Personal	120
4.1 Team	120
4.1.1 Geschäftsführer Thorsten Alsleben	120
4.1.2 weitere Mitglieder	121
4.2 Paten	121
4.3 Wissenschaftliche Beratung	121
5 Aktivitäten	122
5.1 Studien	122
5.2 ÖkonomenBlog	122
5.3 Veranstaltungen	122
5.4 Unterrichtsmaterialien und Bildung	122
5.5 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	123
6 Politische Kampagnen	123
6.1 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie	123
6.2 Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024	124
6.3 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021	124
6.4 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021	125
6.5 Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021	125
6.6 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019	125
6.7 Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"	125
6.8 Kampagnen zum Thema Rente	126
6.9 Einschaltung von Agenturen	126
7 Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD	127

8 Internationale Verbindungen	127
8.1 Partner der Berlin Campaign Conference 2024	127
9 Kritik an der INSM	127
9.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	127
9.2 Verhältnis zu den Medien	128
9.3 Schleichwerbung	128
9.4 Einschüchterung von Journalist:innen	129
9.5 Einwirkung auf Suchmaschinen	129
9.6 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	129
10 Aufgelöste/inaktive Gremien	129
10.1 Beirat	129
10.2 Kuratorium	129
10.3 Förderverein	129
10.4 Botschafter:innen	131
11 Zitate	135
12 Weiterführende Informationen	135
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	136
14 Einzelnachweise	136

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „parteiübergreifende Reforminitiative“.^[11] Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[12] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[13] 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[14] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[15]

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[16]

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[17]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern

- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[18]

Organisationsstruktur und Personal

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

Geschäftsführer Thorsten Alsleben

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).^[19] Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe.^[20] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[21] Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[22] Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.^[23]

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf^[24], bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.^[25] Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).^[26] Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.^[25] Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie BP, Koch Industries und Valero Energy.^[27]

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[28] Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.^{[29][30]}

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Reposts auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippeln oder annähen, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern«.^[31] Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzende der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQ+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQ+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.^[31]

weitere Mitglieder

- Michael Burbach, Prokurist (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurist beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)
- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.^[32] Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#).^[33]
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat.^[34]
- Stephan Einenckel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schöncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU^[35]

Paten

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten.^[36] Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), Gitta Connemann (CDU/CSU), Julia Klöckner (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie Philipp Hartewig (FDP) und Rainer Semet (FDP).^[37]

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#)^[38] - zusammen.

Aktivitäten

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt^[39] :

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summaries, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.^[40] Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW Köln), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.^[41] Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld

- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier: ^{[42][43][44]}

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen. ^[45]

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede. ^[46] Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab. ^[47]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. ^[48]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen. ^[49]

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“. ^[50] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben. ^[51]

Politische Kampagnen

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwedet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder. ^[52] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen. ^[53] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett. ^[54]

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert. ^[55] Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR -Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau.^[56] Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[57]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[58] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das „sachlichen Grundlagen entbehre“.^[59]

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[60]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: Arbeitgeberverband Gesamtmetall; Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft; BDA Die Arbeitgeber; Hauptverband der Deutschen Bauindustrie; BAVC – Die Chemie Arbeitgeber; BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft; BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen; Die Familienunternehmer; BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtobakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.^[61] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[62] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmythen und die orientalistische Bildsprache.^[63] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[64] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^[61]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, "den Haushalt aufzublähen", "an der Schuldenbremse zu segnen", "Unternehmen im Regen" stehen zu lassen und Hilfesgelder zu versprechen, die nicht ankämen.^[66] Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[66]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrietiteln nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschnig unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: "Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes."^[67]

Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen.^[68] In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen

wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[69] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[70]

Kampagnen zum Thema Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig bleiben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim [Institut für Demoskopie Allensbach](#), mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[71]

Einschaltung von Agenturen

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[72] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[73] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#). Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[74]

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[75] Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur DIGITALIEN eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist.^[76] Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig.^[77] Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die [Heritage Foundation](#) und die INSM gehören.^[78]

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur [thjnk](#) entwickelt.^[79]

Auftritte bei Parteitag von CDU, SPD und FPD

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben.^[80]
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern.^[81] Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

Internationale Verbindungen

Partner der Berlin Campaign Conference 2024

Die INSM war im September 2024 Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[82] Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#) und das konservative [The Leadership Institute](#), die maßgeblich an der Ausarbeitung des Project 2025 beteiligt waren.^[83] Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024.^[84] Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten.^[85] Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campain Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orban-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war.^[86] Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[87] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken".^[87]

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor kritisierte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen".^[88]

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[89] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[90] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[91] INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.^[92]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[93] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[94] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[95]

Einschüchterung von Journalist:innen

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[96] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[97]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[98]

Aufgelöste/inaktive Gremien

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[99] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024).^[100] Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[101] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Gründungsmitglieder	
Hans Tietmeyer	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
Florian Gerspacher	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
Johanna Hey	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" ^[102]
Dietrich Lenzen	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah ^[103] , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
Friedrich Merz	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem BASF, bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
Ulrike Nasse-Meyfarth	
Dietrich Ricket	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
Hergard Roh	

Gründer mitglieder	
weder	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
Max Schön	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
Carl-Ludwig Thiele	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank , Kuratoriumsmitglied des Institut Finanzen und Steuern , bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.
Weitere Mitglieder:	
Michael Hoffmann-Becking	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller , Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP und Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG
Mari-e-Luise Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer , Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Quelle: ^[104]

Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[105] Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Botschafter:innen

Roland

Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Konvent für Deutschland](#)

Christoph

Burman

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

Dom

iniqu

Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

Döttling

Florian

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Gers

ter

Martin

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Kannegiesser

Otm

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Oswald

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Metz Die Familienunternehmer - ASU](#)

ger

Arend

d

Oetker

er

Walter

Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

Otre

mba

Karl-

Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung und Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP, Mitglied des Beirats der Paqu Denkfabrik REPUBLIK21 e.V., ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

Bern

d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des Forschungszentrum Raff Generationenverträge (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der Union Investment Privatfonds GmbH, elhü Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU (ehem. Vorsitzender der sche Kommission Alterssicherung^[106]), Mitglied des Vorstands der Stiftung Marktwirtschaft n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef Deutsche Telekom, Mitglied enbe des Wirtschaftsforums der FDP

rg

Ran Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG, ist bzw. war dolf in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem Rod INSM-Finanzier Gesamtmetall und der INSM-Muttergesellschaft Institut der deutschen Wirtschaft(IW) enst jeweils als Vizepräsident, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und des Wirtschaftsforums der FDP ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik REPUBLIK21 e.V.

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Marktwirtschaft, Ehrenmitglied des Wirtschaftsrates der Sch CDU und ehem. Vorstandsvorsitzender der Altana AG sowie ehem. Vorsitzender der Altana weic Kulturstiftung gGmbH und der Herbert Quandt-Stiftung kart

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB), Mitglied des Star Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Beirats der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft k

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der Initiative D21, Mitglied Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mitglied des Stra Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU, Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-ubha Naumann-Stiftung, Mitglied des Beirats des Institut für Unternehmerische Freiheit ar

(Stand: Juni 2024) Quelle: ^[107]

Ehemalig

e

Kurator:

innen

und

Botschaf

ter:innen

Arnulf Baring	Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung und ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft	
Marie-Luise Dött	(siehe Förderverein)	
Johann Eekhoff	Staatssekretär a.D., Direktor des Institut für Wirtschaftspolitik an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU , am 3. März 2013 bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der Stiftung Marktwirtschaft , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung verstorben	
Michael Glos	CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009	
Paul Kirchhof	ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August von Hayek Stiftung , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung , setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet ^[108]	
Eberhard von Körber	Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von ABB , 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl	
Rolf Peffekoven	ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen , des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft zum Studium struktureller Fragen und des Beirats der DZ BANK AG	
Christine Scheel	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting	trat im Dezember 2004 aus der INSM aus ^[109] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen ^[110]
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merrill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hanseatische AG am 18. März 2016 verstorben ^[111]	

11]

Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich August von Hayek Stiftung, der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[112]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern Angela Merkel und Karl-Theodor zu Guttenberg, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[113]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.Grundrentenslapstick](#), felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der CDU](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
10. ↑ [Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit](#), zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ [insm.de Über uns](#), abgerufen am 12.07.24
13. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
16. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
17. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
18. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ [Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer](#), politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ [Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“](#), mit-bund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [ARC 2025 Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ ^{25,025,1} [Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen](#), blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ [Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ [LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson’s ARC Conference](#), desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025

28. ↑ [Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA](#), lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ [„Erschreckende Nähe“:CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#), deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ ^{31,031,1} [Queer-Zoff in der CDU](#), spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ [Speakers](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08,2025
34. ↑ [Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024
35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MdBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024
40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011](#)
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alsleben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022

59. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) [lieferkettengesetz.de](#) vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) [misereor.de](#), April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ ^{61,061,1} [Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne](#), [Der Spiegel](#), 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ [INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch](#), [Tagesschau.de](#), 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ [Mit allen Mitteln](#), [ZEIT ONLINE](#), 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ [Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab](#), [Deutschlandfunk](#), 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
65. ↑ ^{65,065,1} [INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ"](#), [DWDL.de](#), 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ ^{66,066,1} [Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!](#), [wiwo.de](#), 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ [Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) [www.volker-quaschning.de](#) vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ [Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie](#), [insm.de](#), abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [Lobbyisten im Lehrerzimmer](#), [ZEIT ONLINE](#), 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo](#), [sueddeutsche.de](#), 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran](#), [heise online](#), 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Hans Böckler Stiftung](#), 2004, S. 9, Website [boeckler](#), abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), [horizont.net](#) vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [\[6\]](#), [commarco.com](#), abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ [Digital Public Affairs](#), [agentur-adverb.de](#), abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ [DIGITALIEN](#), [digitalien.agency](#), abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ [Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch](#), [politik-kommunikation.de](#) vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ [Program](#), [web.cvent.com](#), abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ [INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum](#), [presseportal.de](#) vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ [INSM CDU-Bundesparteitag](#), [insm.de](#), abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ [FDP-Europaparteitag](#), [insm.de](#), abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ [Berlin Campain Conference](#), [berlincampaignconference.com](#), abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), [documentcloud.org](#), abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ [„Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern](#), [merkur.de](#) vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ [„Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an](#), [deutschlandfunk.de](#) vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ [How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation](#), [newrepublic.com](#) vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024

87. ↑ ^{87,087,1} [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, [spiegel.de](#), abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website [schmids ideenschmiede](#), abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website [nuernbergk](#), abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [\[7\]](#), [insm.de](#), abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), [insm.de](#) vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ [Suche — Thorsten Alsleben](#), [welt.de](#), abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
95. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005](#), Website [Freitag](#), zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website [LobbyControl](#), abgerufen am 1.9.2011
98. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) [foodwatch](#) am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ [Speth: Strategien](#), S. 30
100. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), [insm.de](#), abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch, Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006](#), Website der [FTD](#), abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), [Der Spiegel](#) vom 13. November 2011
104. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, [lobbycontrol.de](#), abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ [Speth: Die politischen Strategien](#), S. 29
106. ↑ <https://www.fwiw1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/prof-dr-bernd-raffelhuessen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website [DIW](#), abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004](#), Website [HB](#), abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der [INSM](#), abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website [econ-referenten](#), abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ [Bülow, Marco: Wir Abnicker](#), Berlin 2010, S. 182 f.